

Wöchentlich 75 Pf., monatlich 2,25 M.
(davon 87 Pf. monatlich für Zustel-
lung ins Haus) im voraus zahlbar.
Vertrag 3,07 M. einschließlich 60 Pf.
Postgebühren und 72 Pf. Postbestel-
gebühren. Auslandsabonnement 5,85 M.
pro Monat; für Länder mit ermäßig-
tem Drucksachenpost 4,60 M.

Bei Ausfall der Lieferung wegen
höherer Gewalt besteht kein Anspruch
der Abonnenten auf Ersatz.

Ercheinungsweise und Anzeigenpreise
siehe am Schluß des redaktionellen
Teils.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Sonnabend
3. September 1932
Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.



Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernspr.: Dönhoff (A 7) 292-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und
Beamten, Lindenstr. 3, Dt. V. u. Dsk.-Ges., Depositenk., Jerusalemstr. 65-66

Kampf um die Verfassung!

Recht und Macht.

Verfassung, Regierung und „Vorwärts“.

Der „Vorwärts“ steht zur geltenden Verfassung in einem engeren Verhältnis als jede andere Zeitung. Seit seinem Bestehen hat er, als Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, für ihre Grundsätze gekämpft: für die Demokratie, für das gleiche Wahlrecht, für das Recht des deutschen Volkes, durch freigewählte Vertretungen sich selbst zu regieren. Seit fast einem halben Jahrhundert hat der „Vorwärts“ auch für jene sozialen Rechte gekämpft, die die Verfassung vom 11. August 1919 mehr verspricht als gewährt: für den besonderen Schutz der Arbeitskraft, für das Recht auf Arbeit und Existenz.

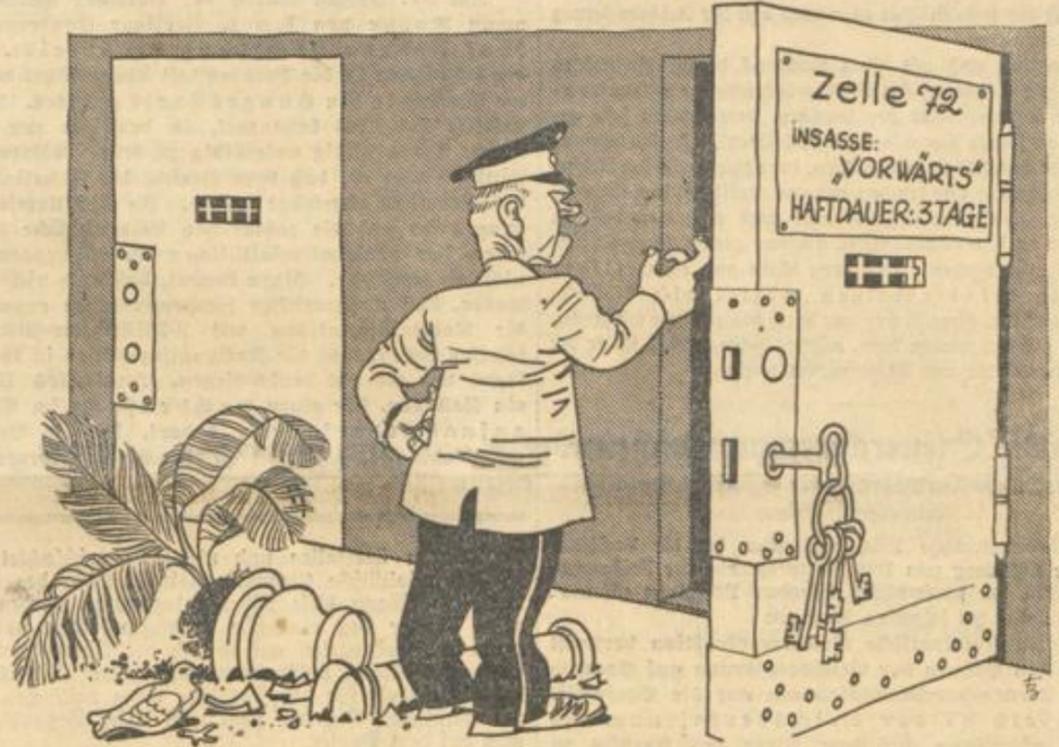
Der „Vorwärts“ hat in diesem Kampf viele Verfolgungen zu ertragen gehabt. In seiner Jugend trug er die Fesseln des Sozialistengesetzes, aber auch später noch sahen seine Redakteure oft im Gefängnis. Während des Krieges erfreute er sich der besonderen Aufmerksamkeit der Militärzensur. Dann kam die Zeit, in der die Mächte der Vergangenheit, voll Angst, für den Zusammenbruch Deutschlands verantwortlich gemacht zu werden, davonliefen und ihre Privilegien fallen ließen. Es entstand der Volksstaat der Weimarer Verfassung, und zu seiner Verteidigung hat der „Vorwärts“ gegen links und rechts gekämpft, gegen Spartakus und gegen Kapp, gegen Thälmann und gegen Hitler.

Aus all dem ergibt sich, daß, wenn irgendein Blatt, so der „Vorwärts“ geschichtlich legitimiert ist, die in der Verfassung verankerten Volksrechte zu verteidigen und daß er dies in Wahrnehmung berechtigter Interessen tut. Wenn er bei der Erfüllung seiner Pflicht Schaden leidet, so ist das weniger für ihn kennzeichnend als für diejenigen, die diesen Schaden verursachen. Für ihn ist ein zeitweiliges Verbot nur ein Blatt in seiner ehrenvollen Geschichte mehr, nur ein Zeichen mehr, daß er sich nicht geändert hat, sondern, unberührt durch die Zufälligkeiten vorübergehender Regierungsbildungen, seine große Linie weiter verfolgt. In der Geschichte der Regierung Papen werden die Verbote des „Vorwärts“ wahrscheinlich eine größere Rolle spielen als in der Geschichte des „Vorwärts“ selbst. Es ist eine Vorkriegs-Regierung, die den „Vorwärts“ in seine Vorkriegsrolle zurückzuschieben versucht, ganz als ob es niemals einen 9. November gegeben hätte und als ob Deutschland schon längst keine Republik mehr wäre.

Der Artikel 48 gibt dem Reichspräsidenten für den Fall einer erheblichen Störung von Ordnung und Ruhe besondere Vollmachten. Sinn des Artikels 48 ist es, die Republik in ihrem Bestande zu schützen, nicht aber Regierungen Schutz zu gewähren, deren Treue zur republikanischen Reichsverfassung berechtigten Anweisungen unterliegt. Es wäre sinnlos, zu behaupten, der „Vorwärts“ hätte Ordnung und Ruhe gestört oder es sei notwendig, die geschriebene Rechtsordnung gegen ihn zu verteidigen. Gerade umgekehrt hat er die Volksrechte der Verfassung verteidigt gegen die Gefahren, von denen sie bedroht sind, und bei dieser Verteidigung ist man ihm mit Mitteln des Artikels 48 in den Arm gefallen. Eine solche Anwendung dieses Artikels liegt bestimmt nicht in der Absicht des Befehlgebers.

„Die Äußerung, ein Minister habe die Verfassung gebrochen, ist nicht schlechthin ehrverleugend. Sofern diese Äußerung nur die Behauptung in sich schließt, der Minister habe verfassungswidrig gehandelt, kann sie lediglich die Auffassung des Äußernden über eine auf dem Gebiete des Verfassungsrechts liegende, nicht zweifelsfreie Rechtsfrage wiedergeben.“ — So der erste Senat des Reichsgerichts in einem Urteil vom 14. April 1931. Und jetzt soll die geäußerte Sorge, die Ausführung eines Regierungsprogramms schließe für die Zukunft folgerichtig die Notwendigkeit eines Verfassungsbruchs in sich ein, schon eine „böswillige Verächtlichmachung“, ja eine „Beschimpfung“ darstellen. Daß sich das Reichsgericht dieser Auffassung anschließen könnte, scheint uns völlig ausgeschlossen. Auch hier muß gesagt werden, daß eine Verordnung zu Zwecken angewendet worden ist, zu denen sie nicht erlassen wurde.

Nach drei Tagen.



„Strafgefangener ‚Vorwärts‘, Sie sind entlassen. Die Regierung erwartet aber, daß Sie gebessert sind und daß Sie recht ausführlich über die von ihr inzwischen erzielten Riesenerfolge berichten.“

Unter „böswillige Verächtlichmachung“ und „Beschimpfung“ waren ursprünglich jene Unflätigkeiten verstanden, mit denen eine gewisse Presse ihre politischen Gegner zu bedecken pflegt. Mit dieser Art von Presse hat aber der „Vorwärts“ nie etwas zu tun gehabt, er hat es stets abgelehnt und lehnt es auch jetzt ab, auf ihr Niveau hinabzusteigen.

Politischer Tatbestand bleibt das augenblickliche Bestehen einer Regierung, die sich mit allen ihr zur Verfügung stehenden Machtmitteln behauptet und die gegen Kritik äußerst empfindlich ist. Sie nennt sich „autoritär“, ohne zu bedenken, daß Autorität auf Vertrauen beruht, und sie hält sich für „überparteilich“, weil es ihr gelungen ist, sich zwischen alle vorhandenen Stühle zu setzen. Wir bekämpfen sie — nicht weil sie „überparteilich“ ist, sondern weil sie es nicht

ist, und weil sie die gegenwärtigen Wirren zu Umbauten von Staat und Wirtschaft auszunützen versucht, die aus dem Geist einer dünnen Herrschicht erdacht und geplant sind. Bekingt ihr, was sie sich vorgenommen hat, so wird von dem, was die Verfassung für das arbeitende Volk bedeutet, nicht viel übrig bleiben. Vielleicht nicht mehr als die Erkenntnis, daß das Recht nichts ist, wenn nicht die nötige Macht hinter ihm steht, es zu schützen oder, wenn es verloren gegangen ist, wieder zu erobern. Der Kampf um die Macht der Arbeiterklasse ist gleichbedeutend mit dem Kampf um das Recht des ganzen Volkes. Und da mag kommen was will, es soll keinen Tag geben, der nicht die Sozialdemokratie und ihr Zentralorgan, den „Vorwärts“, in diesem Kampfe vornean findet!

Gegen das Vorwärtsverbot!

Sozialdemokratische Interpellation im Reichstag.

Die sozialdemokratische Fraktion hat am Dienstag im Reichstag gegen das Verbot des „Vorwärts“ folgende Interpellation eingebracht:

„Die sozialdemokratische Presse ist seit dem Amtsantritt der gegenwärtigen Reichsregierung schweren willkürlichen Verfolgungen ausgesetzt. Den Höhepunkt dieser Verfolgungen bildet ein Verbot des „Vorwärts“ für drei Tage, weil er in seiner Ausgabe vom 29. August die am Vortage in Münster gehaltene Programmrede des Reichskanzlers von Papen als ein Programm des Verfassungsbruchs bezeichnet hat. Der „Vorwärts“ hat als Zentralorgan der größten auf dem Boden der geltenden Reichsverfassung stehenden Partei nur seine Pflicht erfüllt, indem er die Reichsregierung

vor den angekündigten Verfassungsverletzungen warnte.

Der Reichstag ersucht die Reichsregierung, zu den dem Geiste der Verfassung widersprechenden und die bestehende Rechtsordnung auf das schwerste gefährdenden willkürlichen Presseverboten Stellung zu nehmen.“

Vier Fragen und vier „Antworten“.

Unsächlich des Verbots des „Vorwärts“ hat die Redaktion an die Reichsregierung vier Fragen gerichtet, worauf die Regierung Antwort erteilt hat.

Die erste Frage ging dahin, wie denn die Reichsregierung ohne Verfassungsbruch sich zwölf Monate im Amt halten zu können glaubt, wenn der Reichstag sie und ihre Ratoerordnungen ablehnen sollte.

Die Antwort darauf lautet: „Formal kann der Reichstag nach der Verfassung aufgelöst werden. Die Meinung des nächsten Reichstags aber kann niemand im voraus wissen.“

Auf die zweite Frage, ob die Reichsregierung schon eine Be-

Schimpfung darin erblicken zu können glaubt, daß der „Vorwärts“ die Haltung der Regierung für unvereinbar mit den Absichten der Verfassung erklärt hat, wird geantwortet: „Die Bemerkung des „Vorwärts“ ... ein Programm des Verfassungsbruchs“ war eine Beschimpfung.“

Die dritte Frage besagte: „Glaubt die Reichsregierung, daß das Verbot des „Vorwärts“ aufrechterhalten bleiben könne, nachdem der Landtag die sofortige Aufhebung aller Zeitungsverbote gefordert hat?“

Die Antwort lautet: „Die Zeitungsverbote beruhen auf reichsrechtlichen Bestimmungen, und deshalb handelt es sich hier um gesetzliche Bestimmungen, auf die der Preussische Landtag keinen Einfluß hat.“

Endlich ging die vierte Frage dahin, ob nach der Meinung der Reichsregierung die verfassungstreue Presse nicht in Wahrnehmung berechtigter Interessen handelt, wenn sie vor einem Verfassungsbruch warnt.

Darauf wurde geantwortet, das habe der „Vorwärts“ nicht getan, sondern er habe der Regierung den unbegründeten Vorwurf des Verfassungsbruchs gemacht, und dadurch erscheine das Verbot des „Vorwärts“ durchaus begründet.

Diktatur über die Sozialpolitik.

Ein fallengelassener Entwurf — aber eine bestehende Tendenz

Der Soz. Pressedienst hat den Entwurf einer Verordnung veröffentlicht, die mit einem Federstrich die gesamte Sozialpolitik der Willkür der Bürokratie ausgeliefert hätte. Die Reichsregierung erklärt zu dieser Veröffentlichung, daß dieser Entwurf längst fallengelassen worden ist.

Diese dürftige Erklärung ist in keiner Weise geeignet, unsere Befürchtungen zu zerstreuen, daß unter der jetzigen Reichsregierung planmäßig die Absicht verfolgt wird, die gesamte Sozialpolitik auszuhebeln. Schon die Tatsache, daß ein solcher Entwurf überhaupt in Regierungskreisen diskutiert wurde, ist eine Ungeheuerlichkeit. Man kann daraus mindestens folgern, daß ein solcher Schlag gegen das Lebensinteresse der überwältigenden Mehrheit des Volkes nicht ohne weiteres abgelehnt wird. Wahrscheinlich hält man nur den Zeitpunkt nicht für geeignet oder das Ausmaß wenigstens im Augenblick für zu weit gesteckt. Die Grundtendenz der weiteren Einschränkung der sozialen Idee aber wird von der Reichsregierung nicht einmal bestritten.

Demgegenüber muß mit allem Nachdruck darauf hingewiesen werden, daß die Erklärung des Reichspräsidenten von Hindenburg, „die Lebenshaltung der deutschen Arbeiterschaft solle gesichert und der soziale Gedanke gewahrt bleiben“, nie und nimmer auf dem Wege verwirklicht werden kann, der ursprünglich der Reichsregierung vorschwebte und der dem von uns veröffentlichten Entwurf zugrunde lag. Dieser Widerspruch aber wird auch noch bestehen bleiben, wenn an dem ursprünglichen Entwurf gewisse Einschränkungen vorgenommen werden. Auch dann bliebe noch ein völliger Bruch mit der bisherigen Sozialpolitik übrig. Millionen Menschen, deren Dasein nur durch das regelnde Eingreifen des Staates gesichert werden kann, würden hoffnungslos Opfer der kapitalistischen Willkür und Mißwirtschaft werden!

Gegen die Steueranrechnungsscheine.

Staatsrechtliche Verwahrung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat die Veröffentlichung einer Erklärung zum Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung beschlossen, der staatsrechtlich besondere Bedeutung zukommt. Die Erklärung hat folgenden Wortlaut:

„Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion verweist gegenüber den Plänen der Reichsregierung auf Herausgabe von Steueranrechnungsscheinen auf die Vorschrift des Artikels 87 der Reichsverfassung, daß Geldmittelbeschaffung auf dem Wege des Kredits zu Lasten des Reiches nur auf Grund eines Reichsgesetzes erfolgen kann. Die Reichsschuldenverwaltung hat entsprechend dieser Vorschrift gegenüber der Verordnung vom 20. Februar 1932 die Kreditbeschaffung durch Verordnung für verfassungswidrig und die Mitwirkung des Reichstags dabei für erforderlich erklärt. Aus diesem Grunde hat die Regierung Brüning den Entwurf eines Gesetzes über Schuldentilgung und Kreditermächtigung (Nr. 1480 der Drucksachen der V. Wahlperiode 1930) dem Reichstag zur Beschlussfassung vorgelegt. Außerdem würde die Reichsregierung durch die Steueranrechnungsscheine in haushaltsrechtlich unzulässiger Weise entgegen Artikel 85 der Reichsverfassung über zukünftige Einnahmen verfügen. Deshalb hält die sozialdemokratische Reichstagsfraktion die Ausgabe von Steueranrechnungsscheinen, soweit sie ohne Mitwirkung des Reichstags erfolgt, für verfassungswidrig und erklärt, daß eine Einlösungspflicht für diese Kreditmittel ohne vorausgegangene parlamentarische Zustimmung nicht besteht.“

Verbote am laufenden Band.

Die Papen-Regierung wird immer empfindlicher.

Folgende Meldungen vom Kriegsschauplatz gegen Zeitungen liegen vor:

1. Die sozialdemokratische „Volksstimme“ in Frankfurt (Main) wurde auf drei Tage verboten. Sie hatte die Kritik des „Vorwärts“ an Papens Programm zitiert, wegen der auch der „Vorwärts“ verboten wurde.

2. Der Berliner Polizeipräsident verbot die kommunistische Oppositionszeitung „Die Fahne des Kommunismus“ bis zum 30. November (!) wegen eines Artikels über Sondergerichte.

3. Der Berliner Polizeipräsident verbot gleichfalls die Zeitschrift des Lenin-Bundes (Linke Kommunisten) „Volkswille“ bis zum 30. November!

4. Die kommunistischen Provinzialblätter „Volkscho“ und „Volksmacht“ für Pommern und Mecklenburg verfielen ebenfalls dem Verbot.

5. Verbieten wurde auch das Organ der „Kommunistischen Arbeiter-Union“, „Kampfruf“ bis zum 28. September. Diesem wurde auch untersagt, den Lesern mitzuteilen, auf welche Sätze des beanstandeten Artikels das Verbot sich stützt!

Die Potempa-Mörder begnadigt.

Zodesstrafe in lebenslängliche Zuchthausstrafe umgewandelt.

Amtlich wird mitgeteilt:

Durch Entschlichung des preussischen Staatsministeriums vom 2. September sind die Todesstrafen, die durch das rechtskräftige Urteil des Sondergerichts in Weuthen, O.-S., gegen 1. den Elektriker Reinhold Rottisch, 2. den Grubenarbeiter Rusin Wolnizka, 3. den Säuer August Gräupner, 4. den Markenkonditor Helmut Josef Müller wegen Totschlags begangen als Angreifer aus politischen Beweggründen, und 5. den Gastwirt Paul Sachmann wegen Anstiftung zu diesen Verbrechen verhängt worden sind, im Gnadenwege in lebenslängliche Zuchthausstrafen umgewandelt worden.

Für die Entschlichung war maßgebend, daß die Verurteilten zur Zeit der Tat noch keine Kenntnis von der Verordnung des Reichspräsidenten gegen politischen Terror vom 9. August 1932 und ihre schweren Strafandrohungen gehabt haben.

Die Begnadigung der Mörder von Potempa ist für uns als Gegner der Todesstrafe keineswegs tadelnswert. Darüber hinaus bedeutet sie aber das Todesurteil über die Rotverordnung vom 9. August 1932 über die Bildung von Sondergerichten.

Die Verurteilten haben einen besonders viehischen Mord auf dem Gewissen. Sie haben in mörderischer Absicht einen

Rothe im Hungerstreik.

Das Zuchthausurteil gegen den Reichsbannermann.

Am 31. August wurde der Berliner Reichsbannermann Rothe von dem I. Berliner Sondergericht zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt. Rothe, der inzwischen in die Strafanstalt übergeführt wurde, ist am Freitag in den Hungerstreik getreten. Der Verurteilte hat stets behauptet, an den ihm zur Last gelegten Taten völlig unschuldig zu sein. Absolut unverständlich war es, daß vom Gericht die Abhaltung eines Volaktermins abgelehnt wurde. In der Urteilsbegründung wird auf die zahlreichen Widersprüche der Aussagen der nationalsozialistischen Belastungszeugen gar nicht eingegangen. Hinzu kommt, daß auch nicht erörtert wurde, daß unparteiische Zeugenaussagen ergaben, daß die Nationalsozialisten mit 9-Millimeter-Pistolen geschossen haben, was die Nationalsozialisten in ihren Aussagen vor Gericht verschwiegen. Zweifellos liegt hier ein Fall vor, der einer Nachprüfung im Wiederaufnahmeverfahren bedarf, da die Verurteilung und Revisionsmöglichkeit ja durch die Rotverordnung beseitigt sind.

Schlafenden überfallen und viehisch abgeschlachtet. Es ist nationalsozialistische Eigenart, diese Methode des politischen Mordes! Wenn diese Mörder begnadigt worden sind, so wäre es für das einfachste Rechtsempfinden unerträglich, wenn ein Todesurteil auf Grund der Rotverordnung vom 9. August künftig vollstreckt werden sollte. Die Androhung der Todesstrafe für den Totschlag eines politischen Gegners aus politischen Gründen steht nach dieser Begnadigung nur noch auf dem Papier.

Wir sind sicher, daß die Nationalsozialisten ein ungeheures Freudengeheul anstimmen und dem Henker laut Beifall zurufen würden, wenn nach der Begnadigung der Mörder von Potempa ein Kommunist auf Grund der Rotverordnung zum Tode verurteilt und hingerichtet werden würde. Das entspricht ihrer Moral und ihrer Sorte von Rechtsauffassung — aber es würde das Ende des Rechts überhaupt bedeuten. Nicht nur die Androhung der Todesstrafe ist damit unwirksam gemacht! Wenn das Urteil von Weuthen, das Urteil über diesen viehischen Mord abgeschwächt worden ist, um wieviel mehr bedürfen die drakonischen Urteile der Sondergerichte gegen Reichsbannerkameraden der Milde und der Überprüfung.

Wir fordern, daß den Opfern der Sondergerichtsurteile aus Ohlau, daß dem Reichsbannerkameraden Rothe, der

vom Berliner Sondergericht zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt wurde, unverzüglich ihr Recht gegeben wird!

Reichsbannerkamerad Rothe, der beschuldigt wird, bei einem Zusammenstoß mit Nationalsozialisten geschossen zu haben, ist in den Hungerstreik getreten. Er beteuert nach wie vor fest, nicht geschossen zu haben, er hat im Bewußtsein, daß ihm Unrecht geschehen ist, zum Mittel des Hungerstreiks gegriffen. Die merkwürdige Art der Beweisaufnahme, das Nichtanhören von Entlastungszeugen, die merkwürdige Beweiswürdigung erfordern die Nachprüfung gerade dieses Urteils.

Sollen die drakonischen Urteile gegen Reichsbannerangehörige bestehen bleiben, nachdem das Urteil gegen die politischen Mörder von Potempa gemildert worden ist?

Wir fordern mit dem größten Ernst und Nachdruck gleiches Recht für alle, wir fordern, daß alle Urteile der Sondergerichte überprüft werden!

Wir fordern die Aufhebung der Sondergerichte, um so mehr, als sich immer mehr der Eindruck befestigt, daß sie in der Anwendung der Strafbestimmungen gegen Terroristen von rechts ebenso verfahren wie ordentliche Gerichte!

Der Begnadigung der Mörder von Potempa ist ein Sturm von nationalsozialistischen Drohungen, von Aufstandsversuchen, von politischen Erpressungsmanövern vorangegangen. Die Begnadigung erscheint demnach als ein Gnadenakt unter politischem Druck. Die Regierung, die am 9. August mit der Rotverordnung feierlich verkündet hat, daß sie die Verordnung unverzüglich durchführt und sich jeder Amnestie widersetzen werde, hat am 2. September ihre schwerste Strafandrohung in einem besonders trassen Falle einer viehischen Tötung abgeschwächt, nachdem das Urteil von Weuthen zu einem Gegenstand des politischen Kampfes der Nationalsozialisten geworden ist!

Die Mörder von Potempa sind jetzt zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt. Hitler und die Seinen, die sich mit den Mördern öffentlich solidarisiert haben, werden sich bemühen, dafür zu sorgen, daß die Politik der Vollstreckung von Urteilen gegen nationalsozialistische Mörder weiterhin in den Arm fällt, sie werden das weitere Geschick der Mörder von Potempa zum Objekt des politischen Handels machen, den sie jetzt betreiben, und die Befürchtung ist nicht von der Hand zu weisen, daß nach dem Abschluß dieses Handels die viehischen Mörder von Potempa bald wieder frei umherlaufen!

Schon Wiederaufnahme!

Wie die Telegraphen-Union mitteilt, verläutet in ununterrichteten Kreisen, daß die Wiederaufnahme des Verfahrens bevorstehen dürfte. Das würde bedeuten, daß entsprechend der Rotverordnung über die Einsetzung von Sondergerichten der Prozeß noch einmal vor dem ordentlichen Gericht, und zwar vor einem Schwurgericht, stattfinden wird.

Man muß wissen, wie außerordentlich schwer es ist, ein Wiederaufnahmeverfahren durchzuführen, um die Bedeutung dieser Meldung zu verstehen. Was unschuldig Verurteilten erst nach jahrelangem Kampf vielleicht gelingen kann — das soll den viehischen Mördern von Potempa, an deren Schuld kein Zweifel ist, schon nach einem Monat gegeben sein?

Der Fall soll noch einmal vor einem ober-schle-sischen Schwurgericht verhandelt werden. Wir erinnern an das Urteil des Schwurgerichts Oppeln vom 4. Mai 1932 gegen die Mörder des Landarbeiters Bassy. Eine Bande von Nationalsozialisten unter Führung eines Gutsspektors war in das Haus Bassy's eingedrungen, hatte Bassy bis in seine Schlafkammer verfolgt, und hatte den am Boden Liegenden trotz des Jammerns und Flehens seiner Frau, die auf ihre zwei kleinen Kinder verwies, viehisch ermordet. Für diese grausame und unmenschliche Tat erhielten: ein Nazi 3 Jahre 3 Monate Gefängnis, ein anderer 3 Jahre, und ein dritter 2 Jahre 6 Monate Gefängnis. Neun weitere Nazi erhielten jeder — 3 Monate Gefängnis, und sieben wurden freigesprochen.

In der Begründung der Begnadigung der Mörder von Potempa heißt es, daß die Verurteilten zur Zeit der Begehung der Tat noch keine Kenntnis von der schweren Strafandrohung der Rotverordnung gehabt hätten.

Die Täter hatten mit der Milde gerechnet, mit der solche viehische Taten in Oberschlesien beurteilt worden sind. Und jetzt wollen sie vor ein ober-schle-sisches Schwurgericht!

Eigenlob stinkt.

Nazi-Reinhardt bestätigt das Sprichwort.

Der neugebadene Vorsitzende des Haushaltsausschusses des Reichstags, Reinhardt, hat sofort nach seiner Wahl gezeigt, daß er in keiner Hinsicht mit dem bisherigen verdienten Vorsitzenden, dem Sozialdemokraten Hugo Heimann, verglichen werden kann. Reinhardt läßt im „Völkischen Beobachter“ behaupten, schon in der ersten konstituierenden Sitzung des Haushaltsausschusses sei seiner Initiative der „Erfolg“ entsprungen, daß die beiden Unterausschüsse, also sowohl der ständige Unterausschuß als auch der für die Rechnungsprüfung, die Zahl ihrer Mitglieder um ein Drittel, also von 12 auf 8, beschränkt haben. Das sei ein großartiger Ersparnis-erfolg.

Tatsächlich ist die Zahl der Mitglieder der beiden Unteraus-

JUGENDTAG

der sozialistischen Jugendverbände

heute im Volkspark Rehberge (Wedding)

19:35 Uhr im Stadion

große Antikriegskundgebung

Redner: Genosse Dr. Rudolf Braitscheid, M. d. R.

schüsse durch die Verringerung der Zahl der Fraktionen automatisch von 12 auf 7 gesunken. Aber die Nationalsozialisten waren damit nicht einverstanden. Ihr Sprecher verlangte im Gegensatz zu dieser selbstverständlichen Schrumpfung eine Vergrößerung der beiden Unterausschüsse, damit die Nationalsozialisten in ihnen mehr Plätze bekämen. Das wurde jedoch mit den Stimmen der Sozialdemokraten, der Kommunisten und des Zentrums abgelehnt.

In Wirklichkeit ist es also so, daß der neugebadene Vorsitzende des Haushaltsausschusses eine an sich eingetretene Verringerung der Sitze in den beiden Unterausschüssen als seinen persönlichen Erfolg bucht, während seine Fraktion einer Vergrößerung dieser beiden Unterausschüsse das Wort geredet hat.

Um den Wig vollständig zu machen, bedeutet überdies auch die Verkleinerung der beiden Unterausschüsse, die sich durch die geringere Anzahl von Fraktionen selbst ergeben hat, keine irgendwie gezielte „Ersparnis“ gegenüber früher, denn auch in den beiden Unterausschüssen waren kaum jemals mehr als 7 bis 8 Reichstagsabgeordnete tätig — weil die Nationalsozialisten und zeitweise auch die Deutsch-nationalen sich ihrer Arbeitspflicht entzogen haben!

Der neue Vorsitzende des Haushaltsausschusses muß noch sehr viel lernen. Im besonderen muß er sich angewöhnen, die Wahrheit zu sagen, ehe er auch nur entfernt mit dem bisherigen Vorsitzenden des Haushaltsausschusses verglichen werden kann.

Die Auslieferung der ungarischen Kleinbauern gegen das Grafenregime hat der Uckerbauminister Bärzgin zu spüren bekommen; er ist bei einer Nachwahl durchgefallen.

Bracht als Obrigkeit.

Eine bibelfeste Begrüßungsrede.

In der rheinischen Krupp-Stadt Essen findet gegenwärtig der deutsche Katholikentag statt. Zu ihm sind fast alle katholischen Würdenträger aus dem Vaien wie aus dem Priesterstande erschienen. Der Reichstanzler von Vapen ist jedoch fortgeblieben. Er hat sich mit einem Telegramm begnügt.

Selbstverständlich wird eine so große Veranstaltung von dem Oberbürgermeister der goldgebenden Stadt begrüßt. Nun ergab sich das Wunder, daß als Oberbürgermeister zur Begrüßung der gleiche Dr. Bracht auftrat, der in seiner zweiten Eigenschaft als kommissarischer Diktator von Preußen seine katholischen Glaubensgenossen Hirtliefer, Schmidt und Steiger kurzerhand aus ihren Ministerämtern hat entfernen lassen, um nun hier in Essen die gleichen Glaubensgenossen als willkommene Gäste zu begrüßen.

Bracht zog sich dabei aus der peinlichen Affäre, indem er sich auf den Apostel Paulus berief, der in seinem Brief an die Römer schrieb: „Seid untertan der Obrigkeit, die Gewalt über euch hat; denn es ist keine Obrigkeit außer von Gott!“

Wenn dieser Satz Ewigkeitswert haben soll, dann war doch wohl die verfassungsmäßige preußische Regierung auch Obrigkeit im Sinne des Römerbriefes? Wie kamen denn die katholischen Herren von Vapen und Dr. Bracht dazu, diese Obrigkeit, die nicht außer von Gott sein konnte, Knall und Fall aus dem Amte zu jagen und nun für sich selbst die „Untertänigkeit“ zu verlangen, die man nach Paulus der Obrigkeit schuldig sei?

Wir haben begreiflicherweise keine Reigung, uns in diese innerkatholischen Auseinandersetzungen zu mischen. Aber es interessiert doch, daß in der Arbeiterstadt Essen schon bei der Eröffnung des Katholikentages demonstrativ gegen die Vapen-Theorie vom „Wohlfahrtsstaat“ Stellung genommen wurde.

Die beiden Eröffnungsvorträge, die von den diesjährigen Präsidenten des Katholikentages, dem Badischen Minister Baumgartner und dem Vorsitzenden des Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften Bernhard Otte geleitet und durch Reden ausgefüllt wurden, standen im Zeichen der Sozialpolitik. Sowohl Baumgartner als auch Otte befürworteten den Wohlfahrtsstaat als sittliche Pflicht. Aus Wesen und Zweck des Staates folge, so führte Baumgartner aus, daß er nicht nur Rechtsstaat sei, d. h. seine Tätigkeit darauf beschränken dürfe, seinen Bürgern Rechtsschutz zu gewähren, im übrigen aber alle Kräfte schrankenlos walten zu lassen. Ein solcher Staat verleihe das sittliche Prinzip und sei ein Abfall von der sittlichen Idee des Staates. Da der Staat die organisierte Gemeinschaft des ganzen Volkes sei, sei es eine heilige Pflicht, Wohlfahrtsstaat für alle zu sein, d. h. er habe das Wohl aller Schichten und Stände des Volkes zu hegen und zu pflegen. Der Staat habe Sozialpolitik im tiefsten und umfassendsten Sinne zu treiben, damit er nach dem Grundgedanken der ausgleichenden Gerechtigkeit jedem gebe und sichere, was ihm nach Leistung, Recht und Gerechtigkeit gebühre.

Otte bemerkte: „Wir würden über die großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die zwangsläufig von sozialen Härten und Eingriffen begleitet sind, leichter hinwegkommen, wenn die verschiedenen Volksschichten untereinander von stärkerem Gemeinschaftsgeist befeuert wären. Die öffentliche Verlautbarung, wonach die moralischen Kräfte im Volke durch den „Wohlfahrtsstaat“ gefährdet sein sollen, steht im Widerspruch zur christlichen Sozialaufklärung.“

Herr v. Vapen, der anfänglich auch an den Eröffnungssitzungen des Katholikentages teilnehmen wollte, ist in Essen nicht erschienen. Als einer der Gründe seiner Abwesenheit ist die Mißstimmung der Zentrumsarbeiterschaft und die Gefahr von Demonstrationen gegen ihn zu betrachten.

Ein Rundfunkskandal.

Hohenzollernpropaganda unter Mitwirkung der Reichswehr.

Der Sozialagen noch republikanische Rundfunk hat uns in den letzten Wochen manches tolle Stück zugemutet. Mit der „Sendung“ Potsdam, die am Freitagabend die Berliner Funkstunde vereint mit Königswusterhausen, Ostmarkenrundfunk, Danzig und Schlesien verbreitete, hat er den Vogel abgeschossen. Die Sendung schmeigte in Hohenzollernum; man war bemüht, möglichst auch nicht die geringste Lebensäußerung irgendeines Mitgliedes des preussischen Königs Hauses unerwähnt zu lassen. Nicht nur von Friedrich Wilhelm I. und Friedrich II. wurde endlos fabuliert, sondern auch ER, der Verflozene, und seine Familie marschierten feierlich auf. Mit in ehrfurchtsvollem Zittern untertänig ersterbender Stimme wurde immer wieder „der Kaiser“ vorgestellt; hier ritt er, dort hing er vom Pferde, da ging er zu Fuß. Und seine Söhne, wie reizend, marschierten bei der Parade als kleine Leutnants in Reih und Glied. „Wir kannten damals nur eine Fahne!“ beehrte ein ehemaliger Offizier im Hörbild seinen Enkel. Und dann schilderte er die Uniformen und ließ keine aus, und auch schulfrei gab es bei der Parade, und es war immer schönes Wetter. „Nur das damals schön gewesen sein!“ sagte der kleine zukünftige Staatsbürger der Deutschen Republik, weil das Hörbild ihm das vorschrieb. Sollte hier das Vorbild von staatsbürgerlicher Erziehung der Jugend gegeben werden, wie Freiherren sie aussahen? Militärmärsche schmetterten stundenlang. Die Musik lieferte die Reichswehr. Auch einen Leutnant und 30 Mann zum Aufziehen der Wache. Das gab ein paar hübsche, knarrende Kommandos: „Rechts um!“ „Heute und gestern sind geheimnisvoll vertauscht, und alles scheint zu sein, wie es einst gewesen war“, klang es in die Ohren der Hörer. Es scheint wirklich so. Aber die Reichswehr stellte nicht nur die Schauplatz für die historische Aufführung. Wir durften auch an einem richtigen Wanders teilnehmen, konnten Schüsse und Maschinen-gewehrknatter hören und uns von einem General erzählen lassen, wie die Armer der Republik die Tradition der preussischen Vergangenheit in Ehren hält.

Diese Art der Rundfunkreportage ist ein öffentlicher Skandal. Die Beteiligung der Reichswehr ist ein Mißbrauch der auf die Republik vereidigten Mannschaften.

Daß die Hörer sich Veranstaltungen dieser Art nicht gefallen

Tolerierung statt Koalition.

Die Verhandlungen des schwarz-braunen Blocks.

Schon am 8. oder 9. September wird der Reichspräsident in Berlin eintreffen. Er wird dann das Reichstagspräsidium unter Görings Führung empfangen. Nach diesem Empfang sollen die innerpolitischen Entscheidungen getroffen werden.

Die Verhandlungen zwischen Zentrum und Nationalsozialisten scheinen schon ziemlich weit geblieben zu sein. Der „Bayrische Kurier“ schreibt zu der gemeinsamen Erklärung von Zentrum und Nazis über ihre Verhandlungen:

„Bei allen Gerüchten, in denen behauptet werde, die Verlautbarung habe nur den Zweck, die völlige Ergebnislosigkeit der bisher geführten Besprechungen zwischen Zentrum und NSDAP zu verschleiern, handle es sich um reine Kombinationen. Die Besprechungen würden Mitte der nächsten Woche ebenso intensiv weitergeführt werden wie bisher. Es sei also falsch, wenn behauptet werde, das Zentrum habe eine Vertagung der Verhandlungen auf unbestimmte Zeit beantragt. Im ganzen habe man den Eindruck, daß die Verhandlungen schon ziemlich weit in das Gebiet sachlicher Einzelheiten vorgebrungen seien.“

Die Ulstein-Presse teilt mit, daß in den bisherigen Besprechungen der Plan erörtert worden sei, den Reichstag und die Programm-erklärung des Reichstanzlers um mehrere Monate zu vertagen. Damit würde eine Abstimmung über die Mißtrauensanträge und über die Entwürfe zur Aufhebung der Notverordnungen umgangen werden.

In der Praxis würde ein solcher Plan die Tolerierung der Regierung Vapen und ihrer Notverordnungen durch Zentrum und Nationalsozialisten gemeinsam bedeuten!

Solche Pläne stehen im Widerspruch zu dem Theaterdonner, den Hitler am Donnerstag im Sportpalast gegen Vapen losgelassen hat. Das will aber nichts besagen! Bis vor kurzem war das Zentrum für die Nationalsozialisten die schwarze Pest der Separatisten und Vaterlandsverräter — und heute verhandeln die Nazis mit dem Zentrum und bezeichnen das Zentrum als eine Partei der „nationalen Rechte“.

Papen-Partei geplant.

Es schweben Pläne, um den Stahlhelm, der am Wochenende in Berlin eine große Parade abhält, als Kern einer neu zu bildenden Vapen-Partei zu gewinnen. Sie soll Deutschnationale, Stahlhelm, Deutsche Volkspartei und jene Gruppen des Bürgertums umfassen, die von den großkapitalistischen Plänen Vapens entzückt sind, z. B. die Kreise des Hanjabundes.

Eine Goebbels-Rache.

Am Donnerstagabend wurde der Presse von den Unterhändlern für die schwarzbraune Regierungskoalition ein Bericht über Stand und Ziel ihrer Verhandlungen übergeben. Alle Berliner Zeitungen haben diese nationalsozialistisch-zentrierten Mitteilungen veröffentlicht. Wer aber am Freitag dieses Kommunique seinen Lesern verschwiegen und unterschlagen hat, ist das Berliner Naziblatt „Der Angriff“. Wahrscheinlich, weil Nazi-Goebbels persönlich an den Verhandlungen nicht beteiligt und auch nicht als Minister in Aussicht genommen ist. Man benötigt ihn zwar als Agitator, aber sobald es um ernsthafte Dinge geht, wird er wie ein Holzklötzchen beiseitegeschoben. Seine Rache ist die passive Resistenz gegen die, die sich o h n e i h n zu Höherem berufen fühlen.

Reichstag vertagt.

Zwischen den Sitzungen. — Tagung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Nach dem der Reichstag sich am Dienstag konstituiert und ein sozialistisches Präsidium unter dem Vorsitz des Nationalsozialisten Göring gewählt hat, ist er sofort bis auf weiteres — voraussichtlich bis zum Ende der nächsten Woche vertagt worden.

In dreitägigen Verhandlungen beschäftigte sich die sozialdemokratische Reichstagsfraktion mit der gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Lage. Es wurden eingehend alle Aufgaben erörtert, die von der Fraktion in der nächsten Zeit zu lösen sind. Einen Tag vor dem Wiederbeginn der Reichstagsverhandlungen wird die Fraktion zu neuen Beratungen zusammentreten.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat die Zahl ihrer Vorsitzenden von 3 auf 4 erhöht. Zu den bisherigen Vorsitzenden Breitscheid, Dittmann und Wels tritt der bisherige Reichstagspräsident Böbe, der künftig noch mehr als bisher Gelegenheit haben wird, seine reichen politischen und parlamentarischen Erfahrungen in den Dienst der Partei zu stellen.

Zu den bisherigen Mitgliedern des Fraktionsvorstandes: Kuhfänger, Braun, Crispian, Großmann, Herz, Hüdenbrand, Hilferding, Frau Juchacz, Keil, Severing, Solmann, Stampfer sind neu gewählt worden: Ebert, Frau Pfülf, Schumacher und Vogel. Zum Geschäftsführer der sozialdemokratischen Fraktion wurde wieder Genosse Herz bestimmt.

Kein Sozialdemokrat im Präsidium.

In das Präsidium des Reichstags sind als Schriftführer acht Nationalsozialisten, drei Zentrumsmitglieder und ein Deutschnationaler gewählt worden. Die Kommunisten hatten auch hier, wie bei der Wahl der Präsidenten, ohne Rücksicht auf die Gesamtsituation ihre eigenen Kandidaten aufgestellt. Durch dieses Verhalten ist den Nationalsozialisten die Mehrheit der Schriftführer ausgeliefert worden. Das Zentrum hatte für die Kandidaten der Sozialdemokratie gestimmt.

Löbe Vorsitzender des Ueberwachungsausschusses.

Zum Vorsitzenden des Ueberwachungsausschusses wurde der bisherige Reichstagspräsident Löbe gewählt. Die Sozial-

demokraten sind in diesem Ausschuss mit sechs Mitgliedern vertreten. Dem Ueberwachungsausschuss kommt besondere Bedeutung zu, da er bei einer Auflösung des Reichstags bis zu den Neuwahlen die Rechte der Volksovertretung zu wahren hat. Im alten Reichstag hatte der Nationalsozialist Gregor Straker den Vorsitz inne; man wird sich erinnern, daß er alles getan hat, um den Zusammentritt des Ausschusses und die Erörterung der von der Regierung Vapen erlassenen Maßnahmen zu verhindern.

Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses, in dem die Sozialdemokratie sieben Sitze hat, wurde Dr. Fried von den Nationalsozialisten, Stellvertreter der Sozialdemokrat Scheidemann. Vorsitzender des Haushaltsausschusses war bisher der Sozialdemokrat Heimann. Jetzt ist der Nationalsozialist Reinhardt zum Vorsitzenden und Heimann zum Stellvertreter gewählt worden. In diesem Ausschuss haben die Sozialdemokraten acht Vertreter. Zum Vorsitzenden des Ausschusses für die Geschäftsordnung, in dem die Sozialdemokratie sechs Mitglieder entsendet, wurde der Zentrumsabgeordnete Bell, zu seinem Stellvertreter der Kommunist Schumann gewählt.

Ein Sensationsroman.

Das Mittagessen als politischer Konfliktfall.

Ein Berliner Sensationsblatt hat Erfindungen über heftige Konflikte in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion veröffentlicht. Die Erfindungen knüpfen an zwei Tatsachen an: daß die Genossen Ebert, Schumacher und Genoffin Toni Pfülf zum Fraktionsvorstand zugewählt wurden, und daß nach einer Rede Severings eine Pause von einer Stunde eintrat.

Die sinnigen Leute, die auf Konflikte in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion lauern, haben soweit ganz richtig gehört. Nur: die Wahl des Fraktionsvorstands hat vor der politischen Debatte stattgefunden und von einem Konfliktfall war keine Rede, und die Pause nach der Rede Severings trat ein, weil es — 1 Uhr mittags war und die übliche Pause zum Zwecke des Mittagessens begann.

Daraus hat das Sensationsblatt einen dramatischen politischen Roman gemacht. Wem wollte es mit seinen Erfindungen dienen?

lassen, dürften Telephonrufe und Zuschriften empörter Rundfunkteilnehmer den Sendern sehr rasch klar machen.

Auch bei uns meldeten sich telephonisch bereits zahlreiche Hörer, von denen ein Teil ausdrücklich erklärte, daß sie nicht der sozialdemokratischen Partei angehörten, aber als ehemalige Kriegsteilnehmer über diese Sendung empört seien und ein Sprachrohr in die Öffentlichkeit suchten.

Naziprovokation am offenen Grabe.

Bei der Beerdigung des ermordeten Reichswehrgefreiten.

Magdeburg, 2. September. (Eigenbericht.) An der Beerdigung des am Sonntag ermordeten Reichswehrgefreiten Niemann-Magdeburg, der sich in Freundes- und Bekanntenkreisen größter Wertschätzung erfreute, nahm eine riesige Menschenmenge teil. Bei der Beisehungsfierlichkeit provokierte ein uniformierter SA-Mann in frecher Weise einen Zwischenfall. Er trat an die offene Gruft und warf unter dem Ruf „Heil Hitler!“ einen Blumenstrauß in das Grab. Die Angehörigen des Toten verbotenen sich diese Frechheit sehr entschieden. Mehrere Teilnehmer an

der Trauerfeier nahmen eine drohende Haltung gegen den SA-Mann ein, der von der Polizei in Schutzhaft genommen werden mußte.

Der Zwischenfall ist um so provokanter, als ein SS-Mann in dem dringenden Verdacht steht, der Mörder des Reichswehrgefreiten zu sein. Von den beiden verhafteten SS-Leuten ist der SS-Führer Müller inzwischen aus der Haft entlassen worden. Die Untersuchung gegen ihn wird aber weitergeführt. Der SS-Mann Vogt befindet sich wegen dringenden Tatverdachts weiter in Haft. Müller und Vogt genießen als Kauf- und Trunkenbolde den denkbar schlechtesten Ruf.

Die preussische „Verwaltungsreform“ ist am Freitag von der kommissarischen preussischen Regierung fertiggestellt worden. Sie steht u. a. die Zusammenlegung preussischer Ministerien, eine Entlastung der Oberpräsidenten durch Uebertragung eines Teils ihrer Aufgaben auf die Regierungspräsidenten und eine Stärkung der Stellung der Landräte vor. Das Ziel dieser Verwaltungsreform, die auf dem Verordnungswege in Kraft gesetzt werden soll, ist die Zurückdrängung der Selbstverwaltung zugunsten der Bürokratie. Also rückwärts auf der ganzen Linie.

Der Reichstagspräsident Goering hat sich den Beamten des Reichstags vorgestellt.



Kauft Heilmittel nur in der Apotheke — Ihr seid es Eurer Gesundheit schuldig!

Deutschlands Wehrforderungen.

Prinzipienfrage und Einzelwünsche.

Während der Zeit des neuen „Vorwärts“-Verbots ist, wie die meisten unserer Leser inzwischen erfahren haben dürften, der angekündigte diplomatische Schritt erfolgt, durch den Deutschland insbesondere von Frankreich die

Anerkennung des Prinzips der Gleichberechtigung

in der Wehrfrage erstrebt.

Dieser Schritt steht nunmehr im Mittelpunkt der internationalen Diskussion. Eine Stellungnahme wird allerdings schon dadurch erschwert, daß das deutsche Memorandum, dessen Uebersetzung ursprünglich geheim bleiben sollte und nur durch eine Pariser Indiskretion bekannt geworden ist,

nicht veröffentlicht

werden dürfte. Damit ist den weitesten Kombinationen so wohl über seinen tatsächlichen Inhalt wie auch über das wirkliche Verhandlungsziel Deutschlands Tür und Tor geöffnet. Das ist um so bedenklicher, als das Thema überaus heikel ist und

mannigfaltige Probleme außen- und innenpolitischer, insbesondere auch finanzieller Art in sich schließt.

Einstweilen wird in Berlin offiziell versichert, daß keine Einzelforderungen bisher erhoben worden sind, und daß die Angaben Pariser Blätter hierüber falsch sind; es werde lediglich um das — auf der Genfer Abrüstungskonferenz bisher nicht zugestandene — Prinzip der Gleichberechtigung gerungen. Gegen dieses Bestreben kann von sozialdemokratischer Seite natürlich nichts eingewendet werden: schon Hermann Müller hat als Kanzler dieselben Forderungen erhoben, selbstverständlich mit dem Ziel der gleichmäßigen Abrüstung. Die Reichsregierung versichert, daß sie nach wie vor, auch bei ihrem neuesten Schritt, die Gleichberechtigung in der Abrüstung verfolge.

Allerdings ist das offenbar nur noch theoretisch gemeint, denn praktisch glaubt man in der Wilhelm- und in der Bendlerstraße längst nicht mehr daran, daß die Vertragsmächte bereit seien, die Gleichberechtigung in dem Sinne zuzugestehen, daß sie ihrerseits nach demselben Muster abrüsten, das sie in Versailles geschaffen und Deutschland auferlegt haben. Der Verlauf des ersten Abschnittes der Abrüstungskonferenz läßt leider diese Skepsis berechtigt erscheinen.

Die Reichsregierung geht davon aus, daß sie Anspruch insbesondere auf

gleiche Sicherheit

haben wie die anderen Mächte und die deutsche Wehrmacht daher solche Waffen besitzen dürfte, die ihr bisher durch den Friedensvertrag unterzogen worden sind, die aber nach den eigenen Beschlüssen der Abrüstungskonferenz keinen offensiven, sondern einen defensiven Charakter haben. Selbst wenn diese Waffen — gemeint sind z. B. Flugzeuge, Tanks, Flugabwehrgeschütze und dergl. — nicht ausdrücklich in dem deutschen Memorandum genannt worden sind, so ist wohl kaum ein Zweifel daran, daß das der Sinn des deutschen Schrittes ist. Das geht übrigens aus verschiedenen Erklärungen des General von Schleicher in jüngerer Zeit deutlich hervor. Es ist aber, wie gesagt, nicht möglich, sich über die Tragweite der deutschen Wünsche auf „Umbau“ der Reichswehr ein klares Bild zu machen, solange sich die Regierung in Schweigen hüllt. Wir bezweifeln sehr, daß sich diese Taktik der Scheindiplomatie lange durchführen lassen, denn die z. T. schon leidenschaftlichen Diskussionen, die der deutsche Schritt in der Weltpresse ausgelöst hat, wird alle Beteiligten alsbald zwingen, sich konkreter zu äußern als bisher.

Geschieht das, so wird auch die Möglichkeit geschaffen sein, zum Verhalten der Regierung in dieser schwierigen und gefährlichen Frage kritisch Stellung zu nehmen. Als Maßstab der Kritik wird dabei für uns der Grundsatz gelten, daß das gleiche Recht Deutschlands unbedingt Anerkennung verdient, daß aber ein neues Rüstungswettrennen unermesslich zur Selbstzerstörung Europas führen müßte, und darum auch um des deutschen Volkes willen auf das entschiedenste bekämpft werden muß.

Scharfe Sprache in Paris.

Paris, 2. September. (Eigenbericht.)

Der Präsident der Republik Lebrun kehrt am Sonnabend aus dem Sommerschloß Rambouillet nach Paris zurück, um den Vorsitz in einem Ministerrat zur Prüfung des deutschen Memoratoriums über die militärische Gleichberechtigung abzuhalten. Die Dienststellen des Quai d'Orsay haben das deutsche Schriftstück inzwischen eingehend durchgeprüft, anscheinend aber ohne zu irgend einem Entschluß gekommen zu sein.

Wie verlautet, wird die französische Regierung eine ausführliche sachliche Antwort auf das deutsche Dokument vorläufig nicht geben. Sie wird sich lediglich mit der Empfangsbekätigung begnügen. Die Pariser Presse behauptet, daß Frankreich zunächst auf das Ergebnis seiner

diplomatischen Rundfrage in Washington, London, Rom, Prag, Warschau usw.

warten wolle, bevor es weitere Schritte unternimmt. Die juristi-

Aufreizende Urteile.

SA. spielt Polizei. — Arbeiter kommen in den Kerker!

Hirschberg i. Schl., 2. September. (Eigenbericht.)

In Schmiedeberg (Riesengebirge) befindet sich seit dem Mai 1932 das Arbeitsdienstlager der SA. Die Lagerinsassen wurden ständig von Nationalsozialisten angepöbeln. Am 8. Juli gegen Abend kam es in Schmiedeberg zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen Hirschberger Erwerbslosen und auswärtigen Nationalsozialisten, die angeblich zu einem Sturmappell nach Schmiedeberg wollten. Nach diesem Zusammenstoß umstellten Schmiedeberger und auswärtige SA. mit etwa 150 Mann ohne Grund die Wohn- und Schlafräume des Arbeitsdienstlagers der SA. Die Nationalsozialisten nahmen eine drohende Haltung gegen das Lager und die Passanten ein. Sie sperrten mit SA-Sperrkette die Zugänge zu dem Arbeitslager ab und machten sich so Polizeibefugnisse an. Die Arbeitslagerinsassen verhielten sich indessen diszipliniert. Nur aus diesem Grunde kam es vor dem Arbeitsdienstlager und darin selbst zu keinem Zusammenstoß. Schmiedeberger Arbeiter waren über die Umstellung des Lagers sehr erregt und es sammelten sich in der Nähe Gruppen dieser Arbeiter an.

Gegen 22 Uhr ging die SA-Sperrkette gegen die Arbeiter vor. Es entstand eine erhebliche Schlägerei und da die Kommunalpolizei machtlos war, mußte auswärtige Schupo eingreifen und konnte erst zu später Nachtstunde die Ruhe in Schmiedeberg wieder herstellen.

Bei dem Zusammenstoß hatte es erhebliche Verletzte auf beiden Seiten gegeben. Diese Vorfälle standen jetzt vor dem Hirschberger Sondergericht zur Verhandlung. Auf der Anklagebank saßen Schmiedeberger und auswärtige Arbeiter, unter ihnen acht Angehörige der Eisernen Front und vier Kommunisten. Ein einziger Nationalsozialist war ebenfalls angeklagt. Die Anklage wurde einseitig gegen die Arbeiter gerichtet. Der SA-Sturmführer Schwarz aus Schmiedeberg, der die Umstellung des Lagers angeordnet und geleitet hatte und ein als Nationalsozialist bekannter Ortspolizist erschienen bei dem Prozeß als Kron-

zeugen gegen die Arbeiter. Den Angeklagten war schwerer Landfriedensbruch und teilweise schwere Körperverletzung sowie verbotener Waffenbesitz vorgeworfen. In zweitägiger Verhandlung traten gegen die parteiischen Razizeugen zahlreiche unbeeinträchtigte Zeugen auf, die unter Eid bekundeten, daß der Anlaß der großen Schlägerei dadurch gegeben wurde, daß der Razi-polizist Ludwig aus Schmiedeberg dem SA-Führer Schwarz zu-gerufen hatte:

„Machen Sie mit der SA, was Sie wollen!“

und daß daraufhin Schwarz den Befehl gab: „SA, Sperrkette bilden, SA, vor!“ Das Gericht gestand den Nationalsozialisten das Recht zu, das Lager zu umstellen, um es angeblich später von der Polizei nach Waffen durchsuchen zu lassen und stützte sich im übrigen nur auf die Razizeugen, die der Staatsanwalt ausgeführt hatte, um die angebliche Schuld der Arbeiter erweisen zu können, trotzdem während der ganzen Verhandlung eins gegen eins stand. Ergebnis des Prozesses:

Der einzige angeklagte Nationalsozialist erhält wegen gefährlicher Körperverletzung die gesetzliche Mindeststrafe von drei Monaten Gefängnis.

Von den übrigen Angeklagten werden verurteilt: Gewerkschaftssekretär Robert Ehnert, Hirschberg, Stadtverordneter Feder, Schmiedeberg, und der Kommunist Basan, Schmiedeberg, zu je einem Jahr 6 Monaten Gefängnis wegen schweren Landfriedensbruchs. Der Arbeiter Hirschfeld, der mit einem Messer gestochen haben soll, aber selbst schwer verletzt wurde, erhält zwei Jahre Zuchthaus und drei Jahre Ehrverlust. Die übrigen angeklagten Arbeiter werden zu drei bis neun Monaten Gefängnis verurteilt. Vier Angeklagte, denen selbst die Razizeugen nichts nachweisen konnten, wurden freigesprochen.

Die Erregung über dieses Urteil ist bei der Arbeiterschaft des Hirschberger Tales sehr groß. Die Nachricht davon verbreitete sich bereits am Abend wie ein Lauffeuer durch alle umliegenden Ortschaften. Die Erregung ist verständlich, da von der Staatsanwaltschaft gegen die schuldigen Nationalsozialisten nicht das geringste unternommen wurde.

sehen Sachverständigen des Quai d'Orsay seien der Ansicht, daß der Völkerbund für das deutsche Verlangen nicht zuständig sei, da es sich um eine Revision des Versailler Vertrages handle, der vor der Gründung des Völkerbundes abgeschlossen wurde. Auch die Abrüstungskonferenz sei angeblich nicht zuständig, weil sie nicht über eine Aufrüstung Deutschlands, also über einen Gegenstand Beschlüsse fassen könnte, der mit ihrem Programm im Widerspruch stünde. Es bleibe also nur der weitausläufige Weg diplomatischer Kanzlei-Verhandlungen, wobei Frankreich zur besseren Geltendmachung seiner Einwände sämtliche Unterzeichner des Versailler Vertrages hinzuziehen will.

Inzwischen dauert das

Trommelfeuer der Pariser Presse

gegen die deutsche Forderung an. Die Blätter werfen Deutschland vor, daß seine Forderungen nicht nur mit dem Friedensgedanken des Völkerbundespaktes und des Locarno-Paktes, sondern auch mit dem Kellogg-Pakt in Widerspruch stünden. „Entweder hat der Wille Deutschlands zur Wiederaufrüstung überhaupt keine praktische Bedeutung — erklärt der „Temps“ — oder aber nur die, daß in Deutschland der Krieg nicht mehr als ein Verbrechen gegen jede menschliche Moral, sondern als ein Instrument zur Erreichung der nationalen Ziele angesehen werde.“ Das „Journal des Debats“ macht darauf aufmerksam, daß Deutschland mit seiner Forderung nur seine alten Verstöße gegen die Entwaffnungsabstimmungen des Versailler Vertrages legalisieren lassen wolle. Die „Liberté“ meint, daß durch das neue Mißtrauen nach der deutschen Demarche die Donaufkonferenz von Strefa und die Weltwirtschaftskonferenz zu einem sicheren Mißerfolg verurteilt seien.

Der Prozeß von Dortmund.

Ein Schredensurteil oder nicht?

Der Landgerichtspräsident von Dortmund sendet uns folgende Berichtigung unter Bezugnahme auf § 11 des Pressegesetzes:

„Unter der Ueberschrift „Ein Schredensurteil. Draconische Gefängnisstrafen gegen Schupobeamte.“ bringt der „Vorwärts“ in seiner Ausgabe vom 12. August 1932 über eine Verhandlung gegen 8 Schupobeamte, die vor der Dortmunder großen Strafkammer stattfand, einen Bericht, der das Verhandlungsergebnis völlig entstellt wiedergibt und nicht unwidersprochen bleiben kann. Zur Klärung ist folgendes festzustellen:

Es trifft nicht zu, daß eine aufgebeigte vielhundertköpfige nationalsozialistische Menge ein Ueberfallkommando von 22 Polizisten

umlagert und zum Teil tödlich angegriffen hat. Wahr ist vielmehr, daß am 19. April 1932, dem Tage der Tat, eine zahlenmäßig weit aus geringere Menschenansammlung, die nur zum Teil aus Nationalsozialisten, im übrigen aus Neugierigen bestand, von der Polizei zerstreut worden ist. Dabei hat die Menge als solche keinen Angriff gegen die Polizeibeamten unternommen. Lediglich eine einzelne Person hat bei Beginn des Vorfalles einen nicht angeklagten Polizeibeamten einen Schlag mit einem Stock in den Nacken versetzt, weil der Beamte einen Schüler geohrfeigt hatte.

Es ist weiter unrichtig, daß mehrere Polizeibeamte nachweisen konnten, man habe sie von hinten überfallen und mit Schlagwerkzeugen bearbeitet. Nicht einmal die Polizeibeamten selbst haben derartiges behauptet.

Es ist unwahr, daß randalierende Frauen den Beamten an den Hals gesprungen sind, sich an ihnen festgebängt und versucht haben, die Verhaftung von „Anfälligen“ zu verhindern. Nur die Begleiterin eines „Passanten“ hat versucht, diesen mit einem vorgehaltenen Handtuch vor Schlägen zu schützen, die einige angeklagte Polizeibeamte gegen den gänzlich unbeteiligten Mann von hinten führten.

Polizeibeamte haben bei dem Vorfalle mehr als 60 Personen mißhandelt. Von den Mißhandelten hat keiner die Polizei angegriffen, keiner Widerstand geleistet und auch nicht einer sich geweigert, polizeilichen Räumungsverfügungen Folge zu leisten. Personen, die für das Reichsbanner Flugblätter verteilten, sind von der Menge nicht mißhandelt worden; eine Verteilung von Flugblättern durch Angehörige des Reichsbanners ist an dem betreffenden Tage in der Gegend des Tatortes überhaupt nicht erfolgt.“

In Vertretung. gez.: Claassen.

(Gewerkschaftliches siehe 2. Beilage.)

Der „Vorwärts“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgabe für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, illustrierte Sonntagsbeilage „Sonn und Zeit“.

Anzeigenpreise: Die einspaltige Millimeterzeile 30 Pf., Reklamezeile 2.— M., „Kleine Anzeigen“ das festgedruckte Wort 20 Pf. (zulässig zwei festgedruckte Worte) jedes weitere Wort 10 Pf. Rabatt laut Tarif. Worte über 16 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Millimeterzeile 25 Pf. Familienanzeigen Millimeterzeile 15 Pf. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 3, wochentlich von 9/2 bis 17 Uhr. Der Verlag behält sich das Recht der Ablehnung nicht genehmigter Anzeigen vor!

Verantwortlich für Politik: Victor Schill; Wirtschaft: G. Klingelherz; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Sozialdemokratie: Herbert Reppert; Lokales und Sonstiges: Fritz Kersch; Anzeigen: Otto Henrich; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68. Einbinder: H. Gierke 3 Beilagen.



Tun Sie das auch! Ihre Wäsche wird noch schöner!

Praktische Hausfrauen haben dieses einfache Rezept entdeckt: Sie geben dem ersten heißen Spülwasser etwas Sil, kalt aufgelöst, bei und spülen darin die Wäsche. Sil entfernt rasch alle Rückstände der Waschlauge und gibt ihrer Wäsche einen besonders klaren und reinen Ton. Zum Bleichen konfiger, vergilbter Wäsche und zur schonenden Fleckenentfernung (Kaffee-, Kakao-, Tinten-, Blut-, Obst- oder Saftflecken) ist Sil ebenfalls das rechte Mittel.

spült und bleicht ganz unerreich!

Zum Einweichen der Wäsche, zum Weichmachen des Wassers: Henko, Henkel's Wasch- und Bleich-Soda.

Nach drei Tagen.

Das „Vorwärts“-Verbot und die Berliner Arbeiter. — Eine Rückschau.

Zum zweitenmal in wenigen Wochen ist der „Vorwärts“ durch ein Verbot der Regierung von Papen und ihrer Untergebenen dem Berliner Arbeiter vorenthalten worden. Zum zweitenmal hat er gefehlt.

Als uns am Abend des 30. August das Verbot durch einen Beamten des kommissarischen Berliner Polizeipräsidenten übermittelt wurde, hatten wir nicht mehr die Möglichkeit, unsere Leser so rasch, wie wir es gewünscht hätten, zu unterrichten. Arbeiter und Angestellte, die abends am „Vorwärts“-Haus vorüberkamen, erfuhren die aufsehenerregende Maßnahme durch den Aushang einer Sonderausgabe in dem Schaufenster unserer Hauptexpedition. Es bildeten sich sofort erregt diskutierende Gruppen. Am nächsten Morgen fanden unsere Leser dann in ihrem Briefkasten oder durch den Türschlüssel hindurch ein ganz dünnes Exemplar des „Vorwärts“. Es war der einzige Bogen, der nur eine einzige Meldung enthielt: nämlich die, daß der Herr kommissarische Polizeipräsident von Berlin unser Blatt wieder einmal für drei Tage verboten hat.

Run, die Berliner Arbeiter und Angestellten haben dieses Dokument deutscher Geschichte aus dem Jahre 1932 nicht im Briefkasten stecken lassen. Sie haben es mit in die Betriebe ge-

nommen, sie haben es auch den Kollegen, die nicht Sozialdemokraten sind, gezeigt. Allgemein hörte man da die Ausrufung: so etwas von Pressefreiheit ist in Berlin unter Orzeszinski niemals vorgekommen! Aber nicht nur die Arbeiter und Angestellten, die in die Betriebe gingen, sondern auch die Hausfrauen, die mit ihren paar Pfennigen Kostgeld an den Ständen oder in der Markthalle einkauften, vermieden bei den Zeitungshändlern ihr Blatt und entdeckten nur die Ankündigung des Verbotes. Einer unserer Leser hörte dabei diesen Ausdruck: „Na, nu ist der „Vorwärts“ schon wieder verboten, die Herren da oben müssen doch eine mächtige Angst haben.“ Und eine zweite Familienmutter antwortete: „Herr von Papen führt uns herrlichen Zeiten entgegen.“

Nach auf den Berliner Stempelstellen war das neue Verbot des „Vorwärts“ Anlaß zu lebhaften Diskussionen. Ein Verbot, ein Verweis, wieder ein Verbot in so kurzer Zeit — die Sozialdemokraten unter den „Stempelbrüdern“ konnten mit gutem Recht darauf hinweisen, daß das System Papen-Reicher in der Sozialdemokratie und im „Vorwärts“ einen besonders gefährlichen Gegner sieht.

Der „Vorwärts“ läßt die Sache der Arbeiterschaft nicht im Stich, die Arbeiterschaft läßt den „Vorwärts“ nicht im Stich.

Bandalen!

Nazis gegen Frauenplastik. — Kunst ist ihnen fremd.

In einer Nacht wurde auf einem Platz in Caputh die dort von der Gemeindeverwaltung aufgestellte, von einem Einwohner gestiftete Plastik „Die Kauernde“ vollständig zertrümmert. Die Landstrafpolizei Berlin ermittelte als Täter den 23jährigen Nationalsozialisten Bootsbauer Erich Stoyke aus Neukölln und den 24jährigen Schneider Ludwig Gramm aus Caputh. Die Täter mußten sich vor dem Potsdamer Schöffengericht wegen vorläufiger schwerer Sachbeschädigung eines öffentlich aufgestellten Kunstwerkes verantworten.

Stoyke, der als Anführer in Frage kam, erklärte vor Gericht, daß er als Nationalsozialist an der Frauenplastik „Anstoß“ genommen hätte. Er wäre bei dem Anblick der nackten Frauengestalt in solchen Zorn geraten, daß er mit einem Schmiedehammer, den er vorher in ein Tuch gehüllt hatte, und der ihm von Gramm gebracht worden war, auf die Plastik losgeschlagen habe. Der andere Nazi meinte, daß er die Kauernde als „unästhetisch“ empfunden habe. Daß er mit seiner Ansicht nicht allein dastehe, wollte er mit der Mitteilung beweisen, daß man der Kauernden schon öfter des Nachts ein Hemd übergezogen hätte.

Der Staatsanwalt hielt eine Geldstrafe für diesen Bandalismus nicht am Platze und beantragte gegen Stoyke 6 Wochen Gefängnis und gegen Gramm 4 Wochen Gefängnis. Das Schöffengericht erkannte bei Stoyke auf 4 Wochen und bei Gramm auf 3 Wochen Gefängnis. In Caputh hatte seinerzeit die rohe Zerstörung des Kunstwerkes die Einwohnerschaft stark erregt.

Brennender Asphalt.

Lavastrom zerstört Bahnkörper. — Gebäude in Gefahr.

Paris, 2. September. (Eigenbericht.) Ein schwerer Brand ist auf dem Bahnhof von Laini im Rhonetal ausgebrochen. Mehrere Waggons mit Vulkanasphalt gerieten durch Funkenwurf in Brand. In glühenden Lavabächen ergoß sich der brennende Asphalt über die Gleise bis zu dem Bahnhofsgelände hin. Der Feuermehr gelang es nur mit äußerster Mühe, die Gebäude zu schützen. Der Brand selbst wurde mit Hilfe von Sand und Kies nach mehrstündiger Arbeit gelöscht. Eine schwere Rauchwolke hüllte die Stadt in nächtliches Dunkel.

Schrader zurückgetreten!

Erregung unter den Funktionären des Polizeibeamtenverbandes.

Ernst Schrader, der erste Vorsitzende des Verbandes Preussischer Polizeibeamten, hat seinen Posten verlassen. Bereits vor längerer Zeit trat Schrader, wie damals mitgeteilt wurde, aus Gesundheitsrücksichten einen Urlaub an. Mit Gesundheitsrücksichten wird auch der jetzige Schritt begründet. Man geht aber wohl nicht fehl in der Annahme, daß Schrader nicht nur wegen seiner Erkrankung den Vorstoß niedergelegt hat, sondern daß noch andere Gründe bei seinem Entschluß maßgebend gewesen sind. Bisher ist über die Nachfolge Schraders noch nicht entschieden worden.

Nicht nur der Rücktritt des Verbandsvorsitzenden, sondern auch der seltsame Kurs, den der Polizeibeamtenverband unter der derzeitigen Führung des stellvertretenden Vorsitzenden Breda, nimmt, hat unter den republikanischen Funktionären, und das ist weitläufig die Mehrzahl, größte Erregung hervorgerufen. Besonders stark ist die Empörung im Gau West. Es ist zu erwarten, daß die schon in nächster Zeit stattfindende Sitzung des Verbandsvorstandes und des Verbands-Ausschusses eine Klärung bringen wird. Da erst im kommenden Frühjahr eine Verbandstagung abgehalten wird, auf der ein neuer 1. Vorsitzender gewählt werden kann, wäre es im Interesse des Verbandes nur zu wünschen, wenn sich für die wichtige Wahl ein früherer Termin finden ließe.

Seit den Vorgängen des 20. Juli, an dem die gewaltsame Absetzung der preussischen Regierung erfolgte, hat die Preussische Polizeibeamten-Zeitung mit dem stellvertretenden Vorsitzenden Breda niemals ein Wort der Abwehr gegen die schamlosen und gemeinen Beschimpfungen der Polizeibeamten in dem Berliner nationalsozialistischen Sudelblatt gefunden. Die Aufhebung des Verbots der Betätigung von Beamten in der NSDAP wurde als eine „Bereinigung der innerpolitischen Verhältnisse“ begrüßt und das Bekenntnis abgelegt, die Polizeibeamtenschaft müsse „dem Umstand gebührend Rechnung tragen“, daß es der nationalsozialistischen Bewegung gelungen sei, sich von den kleinsten Anfängen zu dieser Stärke zu entwickeln. Der jetzige Vorsitzende Breda verstieg sich in einer Betrachtung über die verfassungsändernden Pläne der Regierung sogar zu der Behauptung, daß die Heraushebung des Wahlalters, die Wenderung des Wahlsystems und die Errichtung einer 2. Kammer „an dem Grundsatze der Weimarer Verfassung nicht rütteln“.

Schon Anfang Juli, als die Nationalsozialisten im Preussischen Abgeordnetenhaus die Auflösung des Schrader-Verbandes und die Konfiskation des Verbandsvermögens beantragten, behauptete die nationalsozialistische Presse, daß Schrader von seinem Urlaub nicht mehr an die Verbandsführung zurückkehren werde, weil man ihn als „Sündenbock in die Wüste geschickt“ habe. Der Verband setzte diesen Behauptungen kein klares Dementi entgegen. Wohl aber war in dem Verbandsorgan unter Leitung des stellvertretenden Vorsitzenden, Kriminalkommissar Breda, nicht mehr die klare republikanisch-demokratische Haltung zu beobachten, die Schrader stets eingenommen hatte.

Die Wendung des Kurles bei der Führung des Verbandes ist zu offensichtlich, als daß die Funktionäre mit blinden Augen daran vorübergehen könnten. 50.000 Polizeibeamte sind in dem Verband organisiert — es ist höchste Zeit, daß der derzeitigen Leitung des Verbandes im Interesse der Organisation und seiner Mitglieder etwas scharf auf die Finger gesehen wird.

Unglücksfall einer Berliner Redakteurin.

Prog, 2. September.

Am Mittwochabend wollte die Redakteurin des „Berliner Tageblatts“ Marianne Venzian von Zlin, wo sich die größten europäischen Schuhfabriken Bata befinden, mit dem Schnellzug nach Berlin zurückreisen. Als sich der Zug im Bahnhof in Bewegung setzte, sprang sie in dem Glauben heraus, daß der Zug bereits

abfuhr und ihr Begleiter noch nicht im Zuge sei. Durch das Trittbrett wurde sie unter die Räder eines Wagens geschleudert. Der Schaffner des Zuges packte die Herauspringende an der Schulter und zog sie hoch, so daß sie gerettet wurde. Trotzdem erlitt die Redakteurin an einem Fuß, an der Nase und am Kopf Verletzungen. Sie wurde in das Bata-Spital gebracht.

Schulklasse wegen Ruhrerkrankungen geschlossen.

Auf Ersuchen des zuständigen Kreisarztes wurde die achte Klasse der Ersten Gemeindevorschule in Berlin-Niederschönhausen am Bismarckplatz wegen Ruhrerkrankungen bis 8. September 1932 geschlossen.

Kampf um das Stadtparlament.

Das Ziel der Arbeiterfeinde. — Neuwahlen oder Arbeitsleistung?

Nach hat die Stadtverordnetenversammlung ihre Arbeit nicht wieder aufgenommen, aber schon haben sich die zunächst einzeln vorgetragenen Angriffe gegen ihren Fortbestand zu einem wahren Trümmelhaufen verdichtet.

Allein die hochoffizielle „Börsen-Zeitung“ hat in einer einzigen Woche nicht weniger als fünf Artikel gebracht, in denen Gründe und Scheingründe für eine Auflösung oder Ausschaltung der jetzigen Berliner Stadtverordnetenversammlung und der Bezirksversammlungen zusammengetragen werden. Warum gerade jetzt? Und warum gerade Berlin? Ran bemüht sich gar nicht mehr um irgendwelche Verschleiierung; die jetzigen Gemeindeparlamente sollen nicht mehr die fälligen Stadtratswahlen in Zentrale und Bezirken vornehmen. Für allgemeine kommunale Neuwahlen in ganz Preußen glaubt man offenbar nicht oder jedenfalls nicht zeitig genug die Zustimmung des Landtags und Staatsrats zu erhalten. Deshalb animiert man die kommissarische Regierung, wenigstens die Berliner Parlamente auf Grund des Ausnahmeparagraphen der Städteordnung aufzulösen.

Formell wäre das zweifellos möglich. Sachlich ist es völlig ausgeschlossen. Denn diese Auflösungsbesugnis ist der allerletzte Ausweg, den das Gesetz dem Kabinett eröffnet, wenn einer völlig arbeitsunfähigen Stadtverordnetenversammlung gegenüber alle anderen Mittel der Staatsaufsicht verjagt haben. Von alledem kann in Berlin mit keinem Worte die Rede sein.

Das Stadtparlament hat vielmehr eben erst vor den Ferien in enger Zusammenarbeit mit dem Magistrat und den Aufsichtsbehörden selbst in der jetzigen schwierigsten finanzpolitischen Situation durch seinen Ermächtigungsbefehl die Grundlage für eine ordnungsmäßige und sparsame Haushaltswirtschaft während der Uebergangsmonate gelegt.

Der Umlagerteilungsbeschluss hat die Genehmigung des Oberpräsidenten erhalten.

Es ist zum mindesten zweifelhaft, ob eine neu gewählte Stadtverordnetenversammlung ebenso arbeitsfähig sein würde. Aber — hier liegt der Hase im Pfeffer — sie soll ja gar nicht arbeiten, sie soll bloß wählen. Und die jetzige soll nicht mehr wählen. Die bauernschlaue Rechnung sieht so aus: Nach einer Neuwahl gibt es die alte „Etatsmehrheit“ nicht mehr. Allerdings eine sozialdemokratisch-kommunistische Mehrheit, aber die geht in Personalfragen nicht zusammen. Dann kann bei jeder Stadtwahl eine nazi-deutschnationale Minderheit die gespaltene Linksmehrheit übertölpeln. Es kann also in Zukunft ganz ungestört eine ganz einseitig reaktionäre Personalpolitik getrieben werden. Darum: Neuwahlen!

An etwas anderes als an Personenfragen wird überhaupt nicht gedacht. Was aus der übrigen Arbeit der Stadtverordneten wird, kümmert diese Sorte Reformen überhaupt nicht. Es ist das verantwortungsloseste Spiel, das überhaupt denkbar ist. Interessant nur, daß ausgerechnet Mitglieder der Volks-

partei, die bei dieser Gelegenheit den Anschluß nach rechts nicht verpassen möchten, sich zu Wortführern eines solchen Planes machen!

Die Sozialdemokratie hat — darauf haben wir schon unmittelbar nach den Reichstagswahlen hingewiesen — als Partei nichts bei einer Neuwahl der Stadtverordnetenversammlung zu fürchten. Sie würde weder an Eignen noch an Einfluß verlieren.

Die Zeiten, in denen Berlin gegen den Willen der Arbeiterschaft verwaltet werden konnte, sind dahin.

Es gibt Mittel und Wege genug, um einen dicken Strich durch die bauernschlaue Rechnung jener Einbläser zu machen.

Einer, der Klüger ist als die volksparteilichen Klopfschreier, hat das sofort erkannt: der verbissene Reaktor Dr. Steiniger. Er warnt vor dem „Rezept“ solcher Neuwahlen. Und er hat dafür gleich zwei bessere Rezepte zur Hand: Neuwahlen auf Grund eines neuen Wahlrechts oder aber Suspension der Stadt- und Bezirksparlamente und Staatskommissariat des Oberbürgermeisters „unter starker Staatsaufsicht“ und „mit möglicher Unabhängigkeit auch vom Magistrat“. Hier wird, wie man sieht, ganze Arbeit gemacht. Die Parole Wahlrechtsänderung oder Ausschaltung aller parlamentarischen und kollegialen Körperschaften wird glattweg auch für die Gemeinden proklamiert. Dann kann allerdings „zurzeit auf Neuwahlen der freierwerbenden Stadtratsstellen unbedenklich verzichtet werden“.

So weit sind wir erfreulicherweise denn doch noch nicht. Und die Berliner Sozialdemokratie wird dafür sorgen, daß es so weit nicht kommt. Sie wird zunächst in Ruhe wieder an ihre Arbeit in der Stadtverordnetenversammlung gehen und abwarten, ob die „Börsen-Zeitung“ recht hat mit ihrer Behauptung, daß sowohl Herr von Papen wie Dr. Bracht nicht zögern werden, den „einfachen Verwaltungsakt“ der Neuwahlen durchzuführen. Es will uns allerdings scheinen, als gäbe es augenblicklich in allen Gemeinden und in Berlin im besonderen Wichtigeres zu tun, als zum fünften Mal innerhalb eines Jahres zu wählen. Der schlecht verholene Drang nach der „Futterkrippe“ ist jedenfalls nicht Grund genug, alle übrige kommunale Arbeit auf Wochen hinaus ruhen zu lassen. Mehr als je zuvor braucht in dieser Notzeit die Verwaltungsarbeit der Stadt die öffentliche Kontrolle und Kritik der gewählten Vertretung ihrer Bürgerschaft. Ihre Ausschaltung ist ein gefährliches Experiment, vor dem nicht genug gewarnt werden kann.

Nächste Sitzung am 15. September.

Nach Beendigung der Sommerferien wird die Stadtverordnetenversammlung zu ihrer nächsten Sitzung am 15. September zusammenzutreten. Mit der Verabschiedung des Etats wird man sich in dieser Sitzung noch nicht beschäftigen. Zur Beratung steht neben einer großen Anzahl kleinerer Vorlagen die Frage der städtischen Gesellschaften und Gesellschaftsbeteiligungen.

Die natürlich milde

NOCH & NOCH

Nur aus reinen Tabakmischungen, ohne Zusätze von Tabak, etc.

Enthalten in ca. 4000 Berliner Zigarren-Geschäften und in allen U-Bahnhöfen

Trotz sinkender Kaufkraft weitere 600 Arbeiter eingestellt im Krisenjahr 1932

HEINRICH JACOBI ZIGAREN

FABRIKEN 0864 1932

23 Fabriken MEHRERE TAUSEND Handarbeiten

In den Tagen des Verbotes.

Dagenmord aufgeklärt. — Großfeuer. — Eiferjuchstragödie.

Drei Tage war es dem „Vorwärts“ wieder einmal verboten, zu seinen Lesern zu sprechen. In dieser kurzen Zeitspanne hat sich eine Reihe von Ereignissen in Berlin zugetragen, von denen wohl das grausigste die Aufklärung des Mordes an dem 16jährigen Hotelgast Kurt Schönig aus Lichtenberg ist. Durch die glänzende Aufklärungsarbeit der Kriminalpolizei ist es bereits in wenigen Tagen nach Entdeckung des Mordes gelungen, den Täter festzunehmen und zu überführen.

Der 26 Jahre alte Hotelangestellte Rolf vom Busch hatte vor einiger Zeit den 16jährigen Bagen Kurt Schönig kennen gelernt. Am 18. August traf sich Busch mit dem Jungen und fuhr mit ihm nach Finkenkrug. Kurt Schönig lehrte von diesem späten Ausflug nicht mehr heim. Im Sinnesrausch, so gestand der Mörder später, brachte er seinen jugendlichen Begleiter auf bestialische Weise um. Zwei Kasseremesser waren die Mordwerkzeuge! Nach der Tat badete der Täter in einem Teich unweit der Mordstelle, fuhr nach Berlin zurück und trat mit zwei Stunden Verspätung seinen Dienst im Hotel an. Blutbesetzte Kleidungsstücke überführten den Mörder, nachdem er tagelang gefangen hatte. Es ist jetzt auch die Vermutung aufgetaucht, daß Busch, der bereits wegen eines Sittlichkeitsdeliktes verurteilt ist, im Jahre 1928 den Primaner Daube in Staback umgebracht hat. Dieser Mordfall, der bis heute ungeklärt ist, hat mit dem Finkenkruger Mord große Ähnlichkeit. Hinzu kommt, daß sich Busch in der fraglichen Zeit in Remscheid, nicht allzuweit von Klabbach aufgehalten hatte. Die Ermittlungen werden weiter geführt.

Zwei Großfeuer gaben der Berliner Feuerwehr in der Hallesischen Straße 23 in Wilmersdorf und in Karlshorst in der Stolzenfels-Edle Andernacher Straße schwere Arbeit. In Wilmersdorf brannten der Dachstuhl des Vorderhauses und Teile der angrenzenden Seitenflügel nieder. Acht Schlauchleitungen mußten zur Bekämpfung des Großfeuers eingesetzt werden. Bei den Löscharbeiten erlitten Brandmeister Pawlowski und der Beamte Pohle II schwere Rauchvergiftungen. Die Verunglückten fanden im Gertrauden-Krankenhaus Aufnahme. Das zweite Großfeuer alarmierte die Feuerwehr in der Mittagstraße des Mittwoch nach der Stolzenfelsstraße in Karlshorst. Dort brannte der Dachstuhl in einem Umfange von 800 Quadratmetern. Fünf Löschzüge griffen mit zehn Schlauchleitungen in die Bekämpfung des Brandes ein. Stundenlang wütete das Feuer mit elementarster Gewalt, ehe es gelang, die Flammen zu lokalisieren. In beiden Fällen wird Brandstiftung vermutet.

In der Bessingstraße in Reutöhlen spielte sich in dem Blättelgeschäft von Palm eine Eiferjuchstragödie ab. Der Besitzer des Ladens feuerte auf den Bettler seiner Frau, den Schornsteinfegermeister Paul Eichblatt einen Schuß ab, der den Mann in den Kopf traf. Dann versuchte sich der Täter die Kehle durchzuschneiden. Schwerverletzt mußten die beiden Männer ins Krankenhaus gebracht werden. Eiferjuch ist das Motto zur Tat. Palm glaubte sich von seiner Frau und deren Bettler hintergangen.

Uebergriffe eines Polizeibeamten.

Exemplare des „Abend“ zu Unrecht beschlagnahmt.

Ein übereifriger Beamter des 111. Polizeiregiments übte sich am Tage der Verkündung des neuen „Vorwärts“-Verbotes, eine Anzahl Exemplare des am 30. August erschienenen „Abend“ zu beschlagnahmen. Der Beamte, zu dessen einziger Entschuldigung wir annehmen wollen, daß er die Grenzen seiner Dienstbefugnisse noch nicht genügend kennt, glaubte anscheinend die Beschlagnahme mit der Verordnung des Reichspräsidenten vom 14. Juni 1932 stützen zu können. Er scheint außerdem nicht gewußt zu haben, daß das Verbot erst mit dem folgenden Tag, also für die Zeitungen des „Vorwärts“ vom 31. August bis 2. September in Kraft trat.

Der Verlag des „Vorwärts“ hat sich wegen der zu Unrecht erfolgten Maßnahme sofort beschwerdeführend an den Polizeipräsidenten gewandt und die Ausschüttung der widerrechtlich beschlagnahmten Zeitungen gefordert.

Die Juristische Sprechstunde fällt heute aus.

Kolonnen von Brandstiftern entdeckt.

Ein Dachstuhl sollte wieder in Flammen aufgehen. / Bei der Arbeit gestört.

Durch einen Zufall konnte gestern am frühen Nachmittag im Hause Augsburger Str. 69 eine bis ins letzte vorbereitete Brandstiftung, die nach dem Befund schwerste Folgen hätte haben können, im letzten Augenblick vereitelt werden. Eine Brandstifterskolonne hatte sich auf den Boden des Hauses eingeschlichen und wollte den Dachstuhl anzünden.

Eine Mieterin des umfangreichen Eckhauses wollte gegen 13.30 Uhr den Boden betreten, als die Frau verdächtige Geräusche vernahm. In der Annahme, daß sich Bodeneinbrecher Einlaß verschafft hätten, lief die Mieterin nach unten und alarmierte telefonisch das Ueberfallkommando. Die Täter mußten das Herannahen des Polizeiwagens vom Dach aus beobachtet haben, denn als die Beamten auf dem Boden erschienen, waren die Eindringlinge bereits geflüchtet und über die Nachbardächer entkommen. Beim Absuchen des Bodens stießen die Polizisten auf einen er-

brochenen Verschlag. Zur größten Ueberraschung entdeckten die Beamten hier alle Vorbereitungen, um

den Dachstuhl in Flammen aufgehen zu lassen.

In der Mitte des Bodenverschlages hatten die Täter große Mengen Papier aufgeschichtet. Rings um den Papierhaufen waren über ein Dutzend Streichholzschachteln gelagert. Außerdem hatten die Brandstifter eine hölzerne Truhe erbrochen, in dem die Besitzerin des Verschlages mehrere Leinenstücke mit Bettfedern aufbewahrte. Die Stücke hatten die Täter mit einem Messer aufgeschlitzt und auf die Federn gleichfalls gefüllte Streichholzschachteln gelegt. Dies alles hätte selbstverständlich genügt, um einen großen Teil des Bodens und den darüberliegenden Dachstuhl im Nu in Flammen zu setzen. Die Kriminalpolizei hat die weiteren Ermittlungen aufgenommen. Personen, die am Freitag zwischen 11 und 13 Uhr verdächtige Personen in der Augsburger Straße bemerkt haben, werden gebeten, ihre Wahrnehmungen unverzüglich der Kriminalpolizei mitzuteilen.

Erst am 21. vorigen Monats brach im selben Hause im Dachstuhl Feuer aus und konnte die Feuerwehr nur einen kleinen Teil des Daches und der Bodenkammern retten. Schon früher ist das Eckhaus Augsburger Str. 69 von zwei Dachstuhlbränden heimgegesucht worden und die Vermutung liegt nun sehr nahe, daß wiederholt Brandstifter am Werke waren. Es ist nicht ausgeschlossen, daß auf das Konto der Brandstifterskolonne auch die schweren Eckhausbrände der letzten Tage kommen.

Auf dritten Feueralarm wurde die Feuerwehr gestern nachmittags nach dem Warenhaus Liez am Alexanderplatz alarmiert. Starke Beruqualmung hatte zu der Vermutung Anlaß gegeben, daß ein Dachstuhlbrand ausgebrochen sei. Die sich bald herausstellte, handelte es sich um einen ungefährlichen Schornsteinbrand, der in der vierten Etage, wo eine Kaffeebörse ihre Räume hat, entstanden war. Nach 20 Minuten konnten die Wehren wieder abrücken.

Alle Partei- und Jugendgenossen beteiligen sich am

JUGENDTAG

der sozialistischen Jugendverbände

heute im Volkspark Rehberge (Wedding)

15½ Uhr Eröffnungskundgebung im Stadion — 16—19 Uhr Sportliche Wettkämpfe im Stadion und auf der großen Wiese — 16—19 Uhr im Tanzring Aufführungen der Spielgruppen, öffentliche Singstunde mit Singkreis und Blasorchester (Leitung der Singstunde: Fritz Hoffmann) — 19½ Uhr im Stadion

große Antikriegskundgebung

Redner: Genosse Dr. Rudolf Breitscheid, M. d. R.

Wir erwarten, daß die Parteigenossen spätestens 19 Uhr sich in den Rehbergen einfinden.

„Es lebe der Frieden!“

Belgische und französische Schüler nehmen Abschied.

Gestern morgen verließen 62 belgische und französische Schüler und Schülerinnen vom Anhalter Bahnhof aus Berlin, um über Frankfurt a. M., wo sie das Goethe-Haus besichtigen werden, in ihr Heimatland zurückzukehren.

Wer diesem Abschied beigewohnt hat, spürt, welch herzliches Band sich um diese jungen Menschen diesseits und jenseits der deutsch-französischen Grenze geschlungen hat. Da sah man die Kameraden und Kameradinnen der drei Nationen, wie sie, mit Saft und Brot beladen, oder mit letzten Abschiedsgeschenken für die Heimkehrenden versehen, unter Tränen „Auf Wiedersehen“ und „Au revoir!“ sagten. Die Jugendlichen aus Belgien und Frankreich nahmen mit Rufen von ihren Pflanzeltern Abschied, Schwestern und Brüder nannten sie ihre deutschen Freundinnen und Freunde.

Die Einbrüche, die unsere Gäste aus Deutschland mitnehmen, sind sehr tief, und die Liga für Menschenrechte hat sich durch die Organisation dieses Schüleraustausches ein hohes Verdienst erworben. Mit besonderer Begeisterung sprachen in den Minuten vor der Abfahrt des Zuges die jungen Menschen aus Belgien und Frankreich von der Abschiedsfeier, die am letzten Sonnabend in der Karl-Mary-Schule stattfand. Ein von Schülern aufgeführtes Theaterstück hatte bei dieser Veranstaltung die deutsch-französische Verständigung gefeiert.

Als der Zug langsam aus der Bahnhofshalle fuhr, riefen Deutsche, Franzosen und Belgier: „Es lebe der Frieden! Vive la paix!“

Für Brieger Erwerbslosenküche.

Das Werk der Notgemeinschaft macht Schule.

Im „Buschkrug“ Brigg gab es einen lustigen Kabarett-Abend. Mitglieder der Volksbühne, unter Theo Marcets launiger Führung, gaben Wit, Satire und Tanz zum Besten. Barbara von Bussow, eine Schülerin der Datta-Klamm-Schule, tanzte mit viel Temperament Walzer-Variationen und Fantasietänze. Uffe Trauttschold, die Berliner Löcher mit dem kleinen, traurigen Unterton, malte das Berliner Lokalport in seinen naturgetreuesten Farben. Koch-Riehl und Willi Krüger boten gute Rezitationen ersten und heiteren Stiles und Theo Marcet schließlich hüllte das Ganze in das Gewand einer liebenswürdig-amüsanten Propaganda.

Denn Propaganda sollte dieser Abend sein, hinter dessen heiterem Tan die traurige Melodie bitterster Not liegt: die Veranlassung dieses fröhlichen Abends, die Bewohner der Brieger Erwerbslosenküche, deren Zahl sich auf mindestens 10 Proz. schätzen und wollen diese vor dem Winterdurst, vor dem Hunger schützen. So hat der Vorsitzende des Bewohner-Ausschusses, Genosse Reder, im Juli, mitten in das Lohmohohu des Wahlkampfes hinein, mit mutiger Entschlossenheit einen Aufruf an seine Mitbewohner erlassen, in dem er sie zur Mitarbeit an diesem so dreinenn nötigen Hilfswerk aufforderte. Es wurde, nach dem Muster der Notgemeinschaft Berlin, eine Arbeitsgemeinschaft zur Erwerbslosenpeinsung gegründet, an der man sich mit einem Monatsbeitrag, von 0,30 Mk. angefangen, beteiligen kann. Bisher haben sich rund 50 Proz. der Einsiedler beteiligt. Die Einsiedler hat den Kochraum unentgeltlich zur Verfügung gestellt, das Kochgerät wurde aus der Sammlung beschafft und so wurde es möglich gemacht, daß schon in der aller-nächsten Zeit für 200 Erwerbslose ein gutes, kräftiges Mittagessen für 10 Pfennig hergestellt werden kann.

Sportfest der Notgemeinschaft.

Am Sonntag, dem 4. September 1932, findet zugunsten der Notgemeinschaft Berlin, Bezirk Friedrichshain, ein großes Sportfest statt. Es wirken mit: das Berliner Kanzenorchester, die Ruderstaffel des BVB, der Berliner Sportverein 1892, der Sportklub Süd, sämtliche Abteilungen des Lübeckischen Turnvereins. Begrüßende Worte spricht in Vertretung des Bürgermeisters Riebig Stadtrat Günther, über das Wesen der Notgemeinschaft spricht Stadtratsmitglied Lemper. Beginn 2.30 Uhr, Ende gegen 6 Uhr. Das Eintrittsgeld beträgt nur 20 Pfennig. Helft den Arbeitslosen durch Waffenbesuch!

Läßt die Stahlhelmer unter sich.

Der „Stahlhelm“ veranstaltet am Sonnabend und Sonntag seinen „Frontsoldatenlag“. Die Soldat-Organisation, von deren Existenz die Öffentlichkeit kaum noch weißt, will zeigen, daß sie noch nicht ganz tot ist. In erster Linie ist die Demonstration gegen die „Freunde“ im Kasinlager gerichtet, die den armen Stahlhelmbreder zu erdrücken drohen. Die Berliner Bevölkerung wird am Klügsten handeln, wenn sie von den „Aufmärschen“, „Müllfahrten“ und Kaffeehof-Empfängen überhaupt keine Notiz nimmt. Mögen die Stahlhelmer am Sonntag durch leere Straßen marschieren. Die Republikaner werden sich um die Soldat-Männer nicht kümmern.

Als Auftakt zu dem großen Ereignis fand gestern eine einzigartige Bringenparade im Sportpalast statt. Es fehlten auch nicht der Herr Extronprinz und Fritzel Friedrich. Außerdem hatten die Soldat-Männer das hohe Glück, verschiedene Prinzessinnen von ferne sehen zu dürfen. Für die österreichischen Heimwehren glänzte der Fürst Starhemberg. Man sieht also: eine erlebte Gesellschaft!

Konzerte der Schutzpolizei. In den nächsten Tagen finden noch stehende Konzerte der Kapelle der Schutzpolizei statt: Am 6. September um 16 Uhr im Krankenhaus am Friedländerdamm und von 18 bis 19 Uhr im Friedrichshain am Landsberger Tor und am 7. September im Städtischen Hospital Buch-Telt und außerdem im Städtischen Hospital Buch-Telt.

Polizeirevier 233 verlegt. Das 233. Polizeirevier in Oberschöneweide ist von der Lützenstraße 33 nach Rathausstraße 41 42 verlegt worden. Der Dienstbetrieb in den neuen Räumlichkeiten ist bereits am 1. September, 8 Uhr morgens, aufgenommen worden. Das Revier ist fernmündlich zu erreichen unter: F 3 Oberspree 1096

Gefahren im Haushalt

Eine Ausstellung im Arbeiterschutzmuseum

Wer in der wassergefüllten Badewanne sitzt und ein stromdurchflößenes elektrisches Gerät oder einen Lichtschalter berührt, legt sich bekanntlich der Lebensgefahr aus. Föhnapparat, Telefon, elektrische Stehlampe gehören deshalb niemals in die Badestube! Doch auch die Berührung der Wasserleitung mit der einen und des eingeschalteten Bügeleisens mit der anderen Hand können den Menschen in den elektrischen Stromkreis bringen, ebenso die gleichzeitige Berührung von Staubsauger und Zentralheizung, von Kopfhörern und elektrischem Gerät. Wer erinnert sich immer wieder dieser drohenden Gefahren und vermeidet sie? Das Arbeiterschutzmuseum in Charlottenburg am Noll, in der Fraunhoferstr. 11/12, bringt eine Ausstellung, die in eindringlicher Weise auf diese und manche andere Gefahren im Haushalt hinweist.

Ein Museum, das nur wenige kennen.

Viele Berliner werden allerdings kaum von der Existenz dieses Museums wissen. Wenn nicht Schulklassen oder Gruppen aus bestimmten Interessentenzentren zu einer Besichtigung kommen, scheint es zu schlafen. Allerdings ist seine Besichtigung (werktags von 9 bis 13, Sonntags von 11 bis 15 Uhr) leider an keinem Tage unentgeltlich; der Eintrittspreis beträgt wochentags 20 Pf., Sonntags 10 Pf. Um dieses wichtige Museum wirklich dem Publikum zu erschließen, wäre es vor allem notwendig, Sonntags und mindestens an einem Wochentag freien Eintritt zu gewähren.

Bisher brachte es hauptsächlich Sehens- und Wissenswertes für die in der Industrie Berufstätigen. Seit kurzem hat es eine Gruppe „Hausarbeit“ zusammengestellt, die nach Möglichkeit alles, was im Rahmen eines „Arbeiterschutzmuseums“ auf diesem Gebiete wichtig ist, behandeln will. Man kann nur hoffen, daß die sehr beachtenswerte Abteilung noch erweitert wird. Sie bleibt noch manches schuldig, obwohl sie vieles zeigt. Vor allem wird der insofern wirtschaftlicher Not primitive Haushalt zu wenig im Zusammenhang mit Arbeiterschutz und Arbeitshygiene berücksichtigt. Was helfen der Frau des Arbeitslosen das schöne Modell eines Wirtschaftskranzes, in dem auch die Reinigungs-fähigkeiten für den Haushalt ihren Platz haben, und ein warnendes Plakat, das zur sorgfältigen Aufbewahrung von Gläsern mahnt? Ihr hätte man zeigen müssen, wie Giftflaschen deutlich zu markieren und in einem abgeordneten Schrankfach, vielleicht auch nur in einer

Kiste, gesichert aufzubewahren sind. Oder was hilft ihr das Plakat, das einer typischen, vollgepackten Arme-Leute-Küche den gefassten, mit allem Komfort eingerichteten Wunschtraum jeder Hausfrau entgegenstellt? Das gleiche Plakat weist auf eine ohne besondere Kosten mögliche hygienische Vereinachung des Schlafraumes hin; eine entsprechende Gegenüberstellung wäre auch bei den Küchenbildern nötig gewesen.

Immerhin zeigt die leichte Modellküche in Tisch, Bank, Fußschemel, die in jedem Haushalt vorhanden oder herzustellen sind, Gegenstände, die allein durch ihre einfachen Formen und ihre Anordnung den Forderungen der modernen Arbeitsphysiologie entsprechen. Den bequemeren Küchenstuhl, der infolge seiner zweckmäßigen Form und seiner Beweglichkeit der Ermüdung vorbeugt, wird man sich allerdings in einem Arbeiterhaushalt kaum kaufen können. Leider wird ihn auch die hausangestellte kaum je vorfinden. Eher wird man ihn einige der zahlreichen modernen Haushaltsmaschinen und -geräte zur Verfügung stellen, die die Ausstellung zeigt. Sie sind ausnahmslos elektrisch angetrieben. Schuß vor Verletzungen durch den elektrischen Strom und vor Brandgefahr ist bei ihnen weitgehend geboten. Unschonbare Montage und Reparaturen können ihn natürlich aufheben, und zahlreiche Modelle und Plakate machen auf die durch solche Nachlässigkeit heraufbeschworbenen Gefahren aufmerksam.

Auch hier muß sich der aufmerksame Beschauer eine Erweiterung der Ausstellung wünschen. Das Arbeiterschutzmuseum gibt für die verschiedensten Arbeitszweige farbige Unfallverhütungspakete für wenige Pfennige ab und dazu einen billigen Wechselrahmen. Im größeren Privathaushalt, im Haushalt mit Kindern, erst recht natürlich in Wirtschaftsbetrieben wären entsprechende Bild-darstellungen ein außerordentlich notwendiger Wandschmuck. Er sollte in dieser Abteilung schleunigt angebracht und sein Erwerb den Besuchern nahegelegt werden.

Die Ausstellung, die auch an vielen kleinen, scheinbar unwichtigen Haushaltsgeräten die Bedeutung der zweckmäßigen Form demonstriert, lehrt nicht nur Schutz vor den Gefahren, die die Tätigkeit im Haushalt umlauern, und Vereinfachung der Arbeit. Die klare, sachliche Anordnung der gegenseitigen Gegenstände, die das richtig gefasste Gerät auch zum Schönen macht, ist geeignet, auch den Geschmack der Beschauer zu bilden.

Kinderlähmung greift um sich.

Bisher vier Todesfälle in Magdeburg.

Magdeburg, 2. September.

In der Zeit vom 24. bis 31. August sind in Magdeburg elf Neuerkrankungen an Kinderlähmung aufgetreten, von denen acht leichter Natur sind, während zwei mit ausgedehnten Lähmungsercheinungen verlaufen und eine weitere bei einem zweijährigen Kinde zum Tode geführt hat. Die Gesamtzahl der Todesfälle an Kinderlähmung ist damit seit Mai d. J. auf vier gestiegen. Auch in mehreren anderen Kreisen des Regierungsbezirkes Magdeburg hat der Monat August zu einer leichten Steigerung der Erkrankungsziffern geführt. In der Zeit vom 31. Juli bis 27. August sind Erkrankungen an Kinderlähmung amtlich gemeldet worden: aus dem Kreise Wolmirstedt 8, Banzleben 3, Calbe 1, Kreis Jerichow I 6, Jerichow II 1, Stendal 1, Halberstadt 1 und Gardelegen 5, davon einer tödlich.

Anlaß zu schärfster Aufmerksamkeit!

Das Hauptgesundheitsamt teilt uns mit: In den Sommer- und Herbstmonaten treten alljährlich auch in Berlin vereinzelt Fälle von Kinderlähmung auf. Auch in diesem Jahr ist dies der Fall. Während aber bis zur Jahresmitte die Erkrankungsziffern sich unter der Höhe der Vorjahre gehalten haben (6 gegen 16 in 1931 und 13 in 1930), haben sie im Juli und namentlich im August etwas größeren Umfang angenommen. In den Vorjahren kamen in diesen Monaten 7 (1931) und 12 (1930) Erkrankungen zur Meldung, in diesem Jahre bisher 24, von diesen verließen 3 tödlich.

Wenngleich diese Zahlen noch immer nicht bedenklich hoch sind, geben sie mit Rücksicht auf die Schwere der Krankheit Anlaß zu geschärfter Aufmerksamkeit. Da es sich um eine ansteckende Krankheit handelt, die vorwiegend Kinder befallt, müssen besonders die Kinder in acht genommen werden. Schon bei verdächtigen Erkrankungen der Atmungsorgane (Schnupfen, Husten) oder der Verdauungsorgane (Durchfall) empfiehlt sich die Hinzuziehung eines Arztes, weil die Krankheit nicht selten mit diesen Erscheinungen beginnt, mitunter sich sogar auf sie beschränkt. Es braucht durchaus nicht immer zu den schweren Lähmungsercheinungen zu kommen. Verdächtig erkrankte Kinder und Erwachsene sind abzusondern, gesunde Kinder halte man von ihnen unter allen Umständen fern und entziehe sie den Möglichkeiten des Angehustet- und Angeniestwerdens.

Parlament der Kriegsopter.

Die Tagung in Wien. — Empfang durch Präsident Renner.

In Wien tagt in diesen Tagen die 8. Jahresversammlung der Kriegsopterinternationale. Der Vorstand der Internationalen Arbeitsgemeinschaft der Verbände der Kriegsopter und Kriegsteilnehmer (I. A. K. V. K. T.) wurde vom Präsidenten des österreichischen Parlaments, Dr. Karl Renner, empfangen.

Präsident Dr. Karl Renner hieß den Kongreß namens der Republik Oesterreich in Wien willkommen. Dr. Renner wies darauf hin, daß nach Kriegsende Oesterreich der erste Staat gewesen ist, der durch ein Gesetz die Versorgung der Kriegsopter regelte. „Sie haben“, fährt Präsident Dr. Renner fort, „sich eine große Aufgabe gestellt, die die besondere Förderung meines Freundes Albert Thomas gefunden hat. In erster Linie ist Ihre Aufgabe materieller Natur, nämlich für die Versorgung der Kriegsopter einzutreten, eine Aufgabe, die Ihnen durch die Weltwirtschaftskrise sehr erschwert wird. Die zweite Aufgabe ist der Kampf gegen einen neuen Krieg und dessen Schrecken. In dieser Aufgabe sind Sie berufene Kämpfer, denn Sie sind die lebenden Zeugen des furchtbaren Weltkrieges.“

Der Kongreß-Nachmittag war mit Beratungen der Ausschüsse und Kommissionen ausgefüllt. Diese Beratungen fanden am Freitag ihre Fortsetzung. Am Sonnabend hat die Vollversammlung die Aufgabe, die Ergebnisse der Kommissionsberatungen zu sanktionieren.

Am Donnerstagabend fand im Favoritner Arbeiterheim eine gewaltige Massenversammlung der österreichischen Kriegsopter statt. Vertreter aller am Kongreß anwesenden Nationen sprachen zu den Waffen, die den Reden begeisterte Zustimmung zollten.

Walker zieht sich zurück.

Aber nur für ein Weilchen. — Er will neu kandidieren.

New York, 2. September (Eigenbericht).

Der New-Yorker Oberbürgermeister Walker ist im Zusammenhang mit dem gegen ihn geführten Korruptionsprozeß von seinem Amt zurückgetreten. Der Entschluß ist darauf zurückzuführen, daß das Urteil wahrscheinlich auf Amtsenthebung gelaufen hätte. Er bezweckt die Einstellung des unangenehmen Verfahrens. In diesem Falle würde Walker die Möglichkeit haben, wieder zu kandidieren. Trotz der gegen ihn erhobenen Beschuldigungen sind seine Aussichten nicht schlecht. Er besitzt innerhalb der Bevölkerung noch wie vor einen außerordentlich starken Anhang.

Der Präsident des Stadirates Mackay hat die Amtsgeschäfte Walkers bereits übernommen.

Reichswehr konzertiert im Stadion.

Im Stadion Grunewald fand wie alljährlich vor dem großen Herbstmanöver ein großes Militärkonzert des Wehrkreiskommandos III statt, das von etwa 20 Musikkorps und den Spielmannen der brandenburgischen und schlesischen Truppenteile unter Leitung des Heeresmusikinspektors Schmidt ausgeführt wurde. Im ersten Teil wurden Werke von Wagner, Meyerbeer und Hindemith zum Vortrag gebracht, während der zweite Teil, der im Echo von hundertern von Haken ausgeführt wurde, hauptsächlich Marschmusik brachte. Ein riesiges Höhenfeuerwerk, das in seiner Schönheit und Vielseitigkeit besondere Anerkennung einbrachte, leitete zum großen Zapfenstecher über, der den Abschluß des Musikfestes bildete.

Neuer österreichischer Konsul in Berlin. Herr Konsul Rünzel, früher österreichischer Konsul in Rastow, ist zum österreichischen Konsul in Berlin ernannt worden. Der Verein der Oesterreicher veranstaltete Montag, den 5. September, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinsheim Kempinski, Leipziger Straße, einen Begrüßungsabend.

Sein 25jähriges Dienstjubiläum bei der Kriminalpolizei begeht jetzt der Kriminalbezirksdirektor Hermann Karstens. Er ging aus der Schuhmannschaft hervor und wurde sehr bald schon von der Kriminalpolizei übernommen. Seit vielen Jahren gehörte er dem Beamtenstande der Kriminaldirektion an und wurde mit besonderen Auszeichnungen betraut.

Platzkonzert der Reichswehr. Am nächsten Sonntag, dem 4. September, findet von 12 bis 13 Uhr im Friedrichshain ein Platzkonzert vom Trompeterkorps der 8. (preussischen) Fahrbatterie statt.

Neu!

Flugzeugbilder Folge: II

Ausland



mit Hoheitszeichen!

Die neuen Flugzeugbilder: Folge Ausland

zeigen links seitlich das Hoheitszeichen des ausländischen Staates, mit dem die betreffenden ausländischen Flugzeuge gekennzeichnet sind. Auf der Rückseite des Bildes ist zu ersehen, welcher ausländische Staat das betreffende Hoheitszeichen führt.

Deutsche Flugzeuge führen bekanntlich kein Hoheitszeichen.

50 Bilder von den insgesamt 216 dieser Folge Ausland sind bereits erschienen; je 50 bzw. 66 weitere folgen jeden Monat.

Eine besondere Überraschung

bietet das Sammel-Album mit dem maßstäblich angefertigten farbigen Flugzeug-Modell. Trotzdem kostet es nur RM. 1.—. Es ist ab 20. September gegen Voreinsendung des Betrages von der Garbáty Cigarettenfabrik, Berlin-Pankow, oder in jedem Specialgeschäft zu beziehen. Bestellungen werden schon jetzt entgegengenommen und nach Erscheinen in der Reihenfolge des Eingangs ausgeführt.

Die neuen Flugzeugbilder: Folge Ausland finden Sie in den Packungen der Marken:

KÖNIGIN VON

Saba

ohne

dick, rund

3 1/3 Pf.

GOLD SABA

voll oval m/Goldmundstck.

Garbáty

Etwa noch fehlende Bilder der bisherigen Flugzeug-Serie erhalten Sie im Tausch bei Einsendung der entsprechenden Anzahl neuer Auslands-Flugzeugbilder. Ebenso tauschen wir auch weiterhin doppelte Bilder der bisherigen Serie im Verhältnis 1:1 gegen gewünschte andere Bilder der bisherigen Serie.

Arbeitsbeschaffung durch Lohndruck?

Der Vorwurf des starren Tariffsystems nur ein Vorwand.

Aus der Schrift des Genossen Erkelenz: „Um die Einheit der Gewerkschaftsbewegung“ erwähnen wir kürzlich den verhängnisvollen Irrweg, den der frühere Arbeitsminister Stegerwald durch den allgemeinen Lohnabbau eingeschlagen hat. Dieser seit Juni 1930 beschrittene Weg soll jetzt weitergegangen und durch

„Auflockerung“ der Tarifverträge

noch mehr geebnet und verbreitert werden. Einmal sollte durch den amtlichen Lohndruck — neben dem des privatkapitalistischen Unternehmertums — die Wirtschaft angefurbelt, d. h. den Unternehmern die Produktion verbilligt werden, damit sie auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig würden, wozu man sich einen Rückgang der Arbeitslosen ziffer versprach, zum anderen sollte der Arbeitnehmerschaft die Bille des Lohnabbaus durch einen gleichzeitigen Abbau der Lebensmittelpreise etwas verüßt werden.

Der Lohnabbau wurde vorweggenommen.

Der Preisabbau folgte ihm nur zögernd mit dem schlechlichen Ergebnis, daß dem durchschnittlich 25prozentigen Lohnabbau ein Rückgang des Lebenshaltungsindex um 22,6 Proz. folgte, wozu die „Gewerkschafts-Zeitung“, das Organ des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, mit Recht bemerkt, daß die statistischen Feststellungen, aus denen der Lebenshaltungsindex errechnet wird, nur einen durchaus relativen Wert haben.

Kann Lohnkürzung der Arbeitslosigkeit abhelfen?

„Der Lohnabbau war sicher in zahllosen Fällen erheblich größer; der amtliche Lebenshaltungsindex ist überhaupt von zweifelhaftem Wert.“

„Aber selbst wenn man annimmt, daß Lohnabbau und Preisabbau sich die Waage halten, was war das Ergebnis dieser staatlichen Lohn- und Preispolitik? Im Juli 1930 betrug die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen 2 765 000, im Juli 1932 5 395 000. Bei weiterer Auflockerung der Tarifverträge, also

bei weiterem Abbau der Löhne,

wird die Zahl der Arbeitslosen bestimmt in demselben Ausmaß größer werden. Solange die Löhne nicht wieder aufgebaut und die Preise — namentlich auch die Preise für Artikel eines bescheidenen Kulturfördernden und arbeitsschaffenden Massenluzus — nicht reiflos der gesunkenen Massenkaukraft angepaßt werden, solange der Produktionsapparat und der Absatz nicht in ein natürliches Verhältnis gebracht werden, so lange wird die Wirtschaftskrise und damit die katastrophale Arbeitslosigkeit bestimmt nicht zu beheben sein...“

Ein starres Tariffsystem?

„Abgesehen hiervon ist es außerdem nicht richtig, daß wir in Deutschland ein starres Tariffsystem haben oder jemals gehabt hätten. In zahllosen Fällen blieben stets die Tariflöhne hinter den tatsächlichen Löhnen zurück. Immer haben sich die Unternehmer

entschließen müssen, besonders für Qualitätsarbeit übertarifliche Löhne zu bezahlen, so daß in diesen Fällen für ihre Kalkulation der Tarifvertrag niemals ausschlaggebend gewesen ist.

Aber im Rahmen dieser übertariflichen Löhne war es den Unternehmern auch immer möglich, Abbaumaßnahmen vorzunehmen, ohne dadurch tarifbrüchig zu werden. In diesen Tarifverträgen sind Bestimmungen enthalten, wonach für minderleistungsfähige Arbeiter unter Einhaltung eines bestimmten Verfahrens prozentuale Abzüge vom Tariflohn zulässig sind. In nicht wenigen Tarifverträgen sind sogenannte Ausschlussfristen enthalten, die es den Unternehmern ermöglichen, durch wirtschaftlichen Druck auf die Belegschaftsangehörigen um die Bezahlung der Tariflöhne herumzukommen.

Zu diesen teilweise bereits unmoralischen Auflockermöglichkeiten der Tarifverträge kam dann noch die weitgehende Möglichkeit der Auflockerung

mit Hilfe des Schlichtungswesens.

Die Reichsregierung konnte stets dahin wirken, die Schiedsprüche so kurzfristig zu gestalten, daß eine Berücksichtigung der Wirtschaftslage nach Ablauf des so entstandenen kurzfristigen Tarifvertrags jeweils unter staatlichem Zwang möglich gewesen ist. Durch Nichtauspruch der Allgemeinverbindlicherklärung konnte die Reichsregierung von den Außenseiter-Arbeitgebern her auf die Handlungsfreiheit der beiderseitigen Tarifparteien stets einen starken Druck ausüben. Neuerdings will die Reichsregierung Verbindlicherklärungen überhaupt nicht mehr aussprechen und mit Allgemeinverbindlicherklärungen sehr zurückhaltend sein, was an sich ebenfalls bereits auf eine weitere Auflockerung des Tarifvertragswesens hinausläuft.

Hierzu kommt dann noch die für die Arbeiter überaus ungünstige Rechtsprechung der Arbeitsgerichtsbehörden, insbesondere des Reichsarbeitsgerichts.

Das Reichsarbeitsgericht

hat schon wiederholt entschieden, daß Arbeiter, die ihren Tariflohn nachträglich fordern, wenn sie dem Arbeitgeber nicht vorher ihre Gewerkschaftszugehörigkeit offenbart haben, ihren Tariflohnanspruch verlieren, weil die nachträgliche Geltendmachung desselben arglistig wäre.

Das Reichsarbeitsgericht hat es auch wiederholt zugelassen, daß Arbeitgeber ihre Arbeiter mit der Begründung entlassen, sie seien zur Zahlung des Tariflohnes nicht in der Lage, da der Betrieb diese Belastung wirtschaftlich nicht tragen könne. Das Reichsarbeitsgericht hat auch die Tariffähigkeit der Werkvereine anerkannt. Und damit ist die Reihe der Tatsachen im Nachweis, wie sehr der Tarifvertrag bereits aufgelockert ist, noch lange nicht erschöpft. Aber die aufgezählten Beispiele beweisen genug.“

Der Tarifvertrag darf nicht zum Instrument des Lohndrucks gemacht und mißbraucht werden, wenn er für die Arbeitnehmerschaft — und damit auch für das Unternehmertum — nicht zwecklos werden soll.

absichtigen. Bemerkenswert ist, daß der letzte Lohnvertrag erst am 17. Juni abgeschlossen wurde, und zwar nach einem vierwöchigen Streik der Bau- und Geldschrankschlosser. Der Tariflöhnenlohn wurde von 1,22 M. auf 1,16 M. gesenkt und die Schutzklausel im Tarifvertrag beseitigt, wonach bei neuen Tarifabschlüssen bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht verschlechtert werden dürfen.

Betriebsratswahl in den Escha-Werken.

Die Nazis von 107 auf 73 Stimmen zurückgegangen.

Bei der Wahl des Betriebs- und Arbeiterrats in den Escha-Werken in Brüg im März dieses Jahres hatten die Nazis 107 Stimmen bekommen, die freien Gewerkschaften 301 Stimmen. Die Nazis forderten die Wahl an. Das Arbeitsgericht erklärte sie für ungültig, weil die Nazis selber unzulässige Wahlpropaganda im Wahlraum und Wahlknüffeln bezogen hatten.

Bei der Neuwahl am 30. und 31. August blieben den Nazis noch 73 Stimmen, die Gewerkschaften bekamen 309 Stimmen. Sie gewannen ein Mandat, das die Nazis von ihren zwei Mandaten verloren.

Wenn die KPD-Revolutionäre die Gewerkschaftsliste unterstützt hätten, anstatt Stimmhaltung zu betreiben, konnten die Nazis aus der Betriebsvertretung ausgehakt werden.

Die Volksbühne nicht vergessen!

Werbeveranstaltung der Gastwirtsgehilfen.

Eine wohlgelungene Veranstaltung für den Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten wie für die Volksbühne war am Montagabend im Boges Festsälen in der Brüdenstraße. Für den Verband bildete sie den Auftakt zu seiner großen Werbeaktion, die während des Monats Oktober im ganzen Reich durchgeführt werden wird, und die für Berlin besondere Bedeutung hat, weil Ende Oktober der Berliner Tarifvertrag abläuft, falls es bis dahin nicht zu neuen Vereinbarungen kommt.

Genosse Haberstock wies auf die Gelegenheit hin, die durch die Nazis und KPD unter Ausnutzung der Not der Zeit irreführenden früheren Mitglieder wieder zurückzugewinnen. Hat doch der Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten bisher allen Stürmen Stand gehalten und die Interessen seiner Mitglieder wirksam vertreten.

Der größere Teil des Abends war der Absicht gewidmet, unserer Volksbühne neue Freunde zuzuführen. Dieser Zweck dürfte um so mehr erreicht worden sein, als die Funktionäre des Verbandes ihre Familienangehörigen mitgebracht hatten. Trotz der Not der Zeit muß die Volksbühne der Berliner Arbeiterschaft erhalten bleiben.

Aus einer Nazifleischerei.

Notwendige Berichtigung einer Berichtigung.

Zu der Berichtigung der Firma L. Rost u. Co., G. m. b. H., Berlin, Invalidenstr. 117, wird uns von der zuständigen Gewerkschaft erklärt:

Wahr ist, daß besonders während der letzten Wahlen, die dort beschäftigten Bejellen in Naziuniform zur Arbeit erschienen sind. Auf dem Grundstück in Liebenwalde, einem ehemaligen Jagdschloß, werden nicht nur Schweine gezüchtet. Es wird auch Landwirtschaft betrieben und zur Erntezeit werden Schnitter und Schnitterinnen beschäftigt, so daß mit dem Ausdruck Gutsbesitz nicht zu viel gesagt ist. Nach den Aussagen der dort beschäftigten Leute sind in Liebenwalde 1000 Nazis gratis beschäftigt worden. Auch belegte Stullen sind für die Sportplatzveranstaltung gestiftet worden.

Unwahr ist, daß in dem Gewerbebetrieb mehr Fleischergestellten und Verkäuferinnen beschäftigt werden als Bedarf vorhanden ist. Wahr ist vielmehr, daß die tariflich zulässige Arbeitszeit nach wie vor überschritten wird. Wahr ist auch, daß die Angestellten Gehaltsrückstände bis zu einem Monat von der Firma zu bekommen haben oder hatten. Die Gehaltszahlungen sind auch nicht in drei Monatsraten erfolgt. Wahr ist, daß die Verkäuferinnen nur auf mehrmalige persönliche Forderungen ratenweise ihr Geld bekommen. Freiwillig, ohne Aufforderung, wurde in der letzten Zeit überhaupt kein Geld mehr gezahlt. Der tarifliche Urlaub ist noch nie gewährt worden. Wenn jemand Urlaub nimmt, muß er ihn auf seine eigenen Kosten nehmen.

Dies sind die Tatsachen nach den Erklärungen von Beschäftigten, die heute noch in dieser Firma sind. Eine freigewerkschaftlich organisierte Verkäuferin wurde nach Erscheinen unseres Artikels irrtümlich mit dem Bemerten, sie werde zeitlebens vom Unglück verfolgt werden, weil sie etwas erzählt habe.

Das ist bezeichnend für die Behandlung von Angestellten der Firma L. Rost u. Co.

Die Zahl der Wohlfahrtsdienstlosen in den deutschen Landkreisen hat am 31. Juli 1932 einen Stand von 853 000 erreicht und ist damit um 135 Proz. höher als im Vorjahr.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Heute, Sonnabend, finden folgende Veranstaltungen statt: Anti-Kriegsveranstaltung im Volkspark Rehberge (Stadion). „Jugend gegen Krieg“. — Ab 16 Uhr Spiel- und Sportbetrieb. — 19½ Uhr Schlusssitzung. — Plaketten sind zum Preise von 20 Pf. im Stadion erhältlich.

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Heute Jugendtag mit Anti-Kriegsveranstaltung im Volkspark Rehberge. Beginn 16 Uhr. — Spiele im Freien: Ab 18 Uhr Sportplatz Humboldthain.

Die neue Lohnabbauwelle.

Eine ganze Reihe von Tarifkündigungen.

Am 31. August hat der Ruhr-Jezehoverband die Lohnordnung für den Ruhrbergbau zum 30. September gekündigt. Die Kündigung wird damit begründet, daß die bisherige Lohnfestsetzung durch eine andere Lohnregelung ersetzt werden müsse, die den unterschiedlichen Verhältnissen der 160 Schachsanlagen der Ruhrreviers besser gerecht werde.

Die dahingehenden Bestrebungen des Jezehoverbandes im Mal seien ohne Erfolg geblieben.

Bei einer Gegenrechnung, was alles an Wünschen und Forderungen der Bergarbeiterschaft bei den Unternehmern unberücksichtigt geblieben ist, kämen die Jezehherren zu kurz.

Zu gleicher Zeit hat die Arbeitgebervereinigung für den Mitteldeutschen Braunkohlenbergbau die Tarife der Angestellten zum 30. September gekündigt.

Die Arbeitgeberverbände des Niedertaufiger Bergbaues, der Forster Braunkohlenwerke und der ostdeutschen Braunkohlenwerke in Frankfurt a. d. O. sind diesem Beispiel gefolgt. Sie wollen eine gestaffelte Senkung der Grundgehälter und dazu eine Reihe weiterer Verschlechterungen herbeiführen.

Die Generaldirektion der Saargruben will ebenfalls den Lohnvertrag kündigen, um den Multiplikator zu senken und die Einkommen gewisser Schichtlohngruppen. Die am wenigsten mit Feierschichten belasteten Bergarbeiter sollen durch Lohnkürzung dafür büßen. Doch aber dafür den Bergarbeitern mit den wenigsten Schichten im Monat als Ausgleich eine Zulage gemacht werden soll, davon ist nicht die Rede.

In der Metallindustrie hat der Arbeitgeberverband der Dürener Metallindustrie das Lohnabkommen zum 30. September gekündigt. Die Beschäftigung sei zur Zeit sehr gering. Das ist kein Grund, noch weitere Lohnverschlechterungen zu fordern. Die Dürener Glasindustrie hat zum gleichen Termin gekündigt.

Die Arbeitgeberverbände der Kölner Metallindustrie sowie der Schweller und Stöfberger sind dem Beispiel der Dürener gefolgt. Es sind bei diesen Kündigungen weder Gründe angegeben noch Abänderungsvorschläge gemacht worden. In Köln wurde auch der Tarif für die Textilindustrie wie für die Färbereien und chemischen Waschanstalten gekündigt, da die Löhne nochmals um 15 Prozent verschlechtert werden sollen.

Der Schupverband deutscher Glasfabriken hat zum 30. Sep-

tember sämtliche Lohnverträge, die in normalen wirtschaftlichen Zeiten für rund 40 000 Arbeitnehmer Geltung haben, nach einer Laufzeit von kaum vier Monaten aufgekündigt.

Der schlesischen Textilarbeiterverband, die etwa 35 000 Arbeiterinnen und Arbeiter umfaßt, wurden die Lohnverträge gleichfalls zum 30. September gekündigt.

Die Verhandlungen zur Neuregelung der Löhne in der west- und ostfälischen Textilindustrie haben zu keinem Ergebnis geführt. In Westfalen forderten die Unternehmer eine Kürzung der Tariflöhne bis zu 10 Proz.

Tariffkündigungen in Berlin.

Im Einzelhandel.

Der Arbeitgeberverband im Groß-Berliner Einzelhandel hat den Gehaltstarif für die Einzelhandelsangestellten zum 30. September gekündigt. Da zum gleichen Zeitpunkt auch der Manteltarifvertrag von den Unternehmern gekündigt worden ist, stehen die 40 000 Berliner Einzelhandelsangestellten im nächsten Monat im harten Ringen um die Neugestaltung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen.

Die Gehälter von 90 Proz. der Verkäufer und Verkäuferinnen liegen zwar nur noch zwischen 87,50 M. und 171,50 M. monatlich, doch dürfte das die Unternehmer kaum daran hindern, einen beträchtlichen Abbau dieser Gehälter zu fordern. Die Beere in den Einzelhandelsgeschäften, die fast ausschließlich eine Folge des wohnsinnigen Lohnabbaus ist, ist den Einzelhändlern offenbar noch nicht Warnung genug zur Umkehr von der verheerenden Politik der Kaufkraftvernichtung durch immer wieder neuen Lohnabbau. Für die Einzelhandelsangestellten gilt es jetzt, die leider immer noch vorhandenen organisatorischen Lücken unverzüglich auszufüllen, denn unter dem „neuen System“ dürfen sie sich auf die staatlichen Schlichtungsinstanzen nicht mehr verlassen.

In der Bau-, Schlosser- und der Geldschrankschlosserbranche.

Der Schupverband Berliner Schlossereien hat den Lohn- und Manteltarifvertrag für die Bau- und Geldschrankschlosser zum 30. September gekündigt. Obwohl keine Kündigungsgründe angegeben und von den Unternehmern auch noch keine Forderungen mitgeteilt worden sind, ist mit Sicherheit anzunehmen, daß die Schlossermeister eine „Tariffauflockerung“ be-



Blond sein - das ist ein Kunstwerk!

Denn blondes Haar macht begehrenswerter. Erhalten Sie sich deshalb Ihr Blondhaar, indem Sie es mit Schwarzkopf Extra Blond pflegen, dem Schaumpon der Blondine. Dann bleibt es blond, und dunkelte es nach, so läßt es sich zu jeder gewünschten Nuance wieder aufhellen. Extra-Blond

bietet zudem eine unvergleichliche, weder durch Zitronen- noch durch Essigbad ersetzbare Beigabe: den „Haarglanz“, der das Haar dauernd gesund erhält und blondes Haar doppelt verschönt. Achten Sie auf die Packung „Extra-Blond“ mit grünweißem Grund. Das schließt jede Verwechslung aus.



SCHWARZKOPF EXTRA-BLOND „Pflümmgen für Blondine“

Eine unfassbare Ungeheuerlichkeit!

Das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung. / Von Fritz Tarnow, MdR.

Geselle Fritz Tarnow hat in der „Gewerkschaftszeitung“, dem Organ des ADGB, gegen das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung mit vernichtender Kritik Stellung genommen. Wir entnehmen seinen Ausführungen folgendes:

Die Aktion der Regierung besteht darin, daß die Unternehmer nach dem Verhältnis ihrer Steuerleistung und in Form einer Steuerrückzahlung Subventionen im Gesamtausmaß von 1½ Milliarden Reichsmark bekommen sollen. Eine Beziehung zur Arbeitsbeschaffung besteht ausschließlich in der Einbildung der Regierung, daß die Unternehmer mit diesem Geld zusätzliche Arbeit ins Werk setzen würden. Da aber dafür weder auf der Investitionsseite, noch — solange die Kaufkraft für Konsumgüter nicht gewachsen ist — auf der Verbrauchsseite eine Abnahmmöglichkeit besteht, dürfte es bei der bloßen Einbildung bleiben. Um überhaupt noch etwas zu tun, sind dann die besonderen Subventionen für nachgemessene Neueinstellungen hinzugefügt worden.

Die Unternehmer sollen für jeden neu eingestellten Arbeiter eine staatliche Subvention von 400 Mark bekommen. Außerdem sollen sie bei Neueinstellungen berechtigt sein, die Löhne ihrer gesamten Belegschaft unter den Tarifssatz zu senken, und zwar prozentual um so tiefer, je mehr Neueinstellungen sie vornehmen. Lediglich das „Existenzminimum“ soll eine untere Grenze bilden. So will es der „Ankurbelungsplan“.

Dieser Plan ist eine unfassbare Ungeheuerlichkeit. In der gegenwärtigen Situation, nachdem durch immer wiederholte allgemeine Lohnsenkungen die Massenkaufkraft — und damit der Absatzmarkt und die Gesamtwirtschaft — weitgehend zerstört worden ist, wäre es wahrhaftig schon schlimm genug, wenn die Regierung, statt auf eine Stärkung der Kaufkraft bedacht zu sein, noch zu weitern Lohnabbau ermuntern würde. Was aber geschieht hier?

Die Reichsregierung injiziert unter den Unternehmern einen regelrechten Weltwettbewerb für den Lohnabbau. Sie setzt dafür aus allgemeinen Steuermitteln hohe Geldprämien aus, nicht nur für die Sieger, sondern für jeden, der an dieser schwächlichen Konkurrenz der Volkserneuerung teilnimmt. Die Papen-Regierung ruft den Unternehmern zu: Bereichert euch am Lohnabbau und der Staat wird euch dafür noch extra in bar entlohnen! Für je 400 M., die der Unternehmer vom Staate empfängt, darf er um eine gewisse Punktzahl das Lohnniveau in seinem Betriebe senken.

Das ist eine Idee, wie sie selbst in den ausschweifendsten lohnpolitischen Phantasien des rückständigsten Unternehmers bisher noch nicht zutage gefördert worden ist...

Die berühmte automatische Krisenüberwindung im kapitalistischen System besteht bekanntlich darin, daß im Verlauf der Krise einmal wieder ein Bedarf und eine Möglichkeit für neue Investitionen entsteht. Dann kommen in den Produktionsmitteln wieder Arbeiter in Beschäftigung, die dadurch Kaufkraft erwerben, ohne selbst Konsumgüter herzustellen. Auf diese Weise kommt es zu Neueinstellungen auch in der Versorgungswirtschaft, was dann rückwirkend wiederum die Bedingungen für die Investitionswirtschaft weiter verbessert. Zum Unglück für die kapitalistische Wirtschaft ist es heute so, daß durch die vorausgehenden Ueberinvestitionen in absehbarer Zeit, auch nach Ueberwindung der Kapitalnot, neue Investitionen in nennenswertem Maße nicht möglich sind. Deshalb der einzige Ausweg, durch öffentliche Investitionen die festgefahrene privatwirtschaftliche Automatik der Krisenüberwindung zu erleichtern. Das ist der volkswirtschaftliche Sinn der Arbeitsbeschaffungspläne.

Und nun kommt die Regierung Papen, tut nichts für direkte Arbeitsbeschaffung, konzentriert aber einen sicheren Mechanismus, um die Neubildung von Kaufkraft zu verhindern.

Dadurch wird der volkswirtschaftliche Sinn der Arbeitsbeschaffung in einen kompletten Unsinn verwandelt. Wenn der Regierung die Aufgabe gestellt worden wäre, die Arbeitsbeschaffung ins Werk zu setzen, aber unter allen Umständen eine Belegung der Wirtschaft zu verhindern, dann müßte es ihr der Reid lassen, daß sie für dieses scheinbar nicht leichte Problem eine geradezu geniale Lösung gefunden hat...

Vermutlich ist die Regierung zu ihrer Idee durch das Mißverstehen der bekannten Unternehmerbehauptung gekommen, man könne zusätzliche Arbeitsaufträge hineinbekommen, wenn für diesen Fall das Recht auf niedrigere Löhne zugestimmt würde. Es liegt auf der Hand, daß in der Volkswirtschaft nicht dadurch schon ein Plus entstehen kann, daß einzelne Unternehmer durch den Sondervorteil billigerer Löhne anderen Unternehmern die Aufträge wegzuschneiden in der Lage sind. Ernsthaft könnten deswegen für eine solche Betrachtung nur wirklich zusätzliche Exportaufträge in Frage kommen, die ohne eine Lohnsenkung ausfallen würden. Praktisch liegt es allerdings so, daß eine Exportsteigerung durch Lohndumping mit handelspolitischen Gegenmaßnahmen der Einfuhrländer verhindert werden würde, und daß in der Binnenwirtschaft diese Methode — abgesehen von allem anderen — nicht angewendet werden kann, ohne die Tendenz zu allgemeiner Lohnsenkung und damit verbundener Einschränkung des inneren Marktes wirksam zu machen.

Herrn v. Papen genügt es, daß sich der einzelne Betrieb zusätzliche Arbeit verschafft. Die Prämie wird auch dann bezahlt und das Recht auf Lohnsenkung erworben, wenn die „zusätzlichen“ Aufträge den Konkurrenten im eigenen Lande abgenommen werden, und da durch die planmäßige Verhinderung von neuer Kaufkraft eine vermehrte Güternachfrage nicht entstehen kann, wird praktisch in der Regel nur dieser Fall vorliegen.

Bisher schon war das Aufkaufen und Stilllegen von Konkurrenzbetrieben, um deren Aufträge auf den eigenen Betrieb zu übernehmen, häufig ein rentables Geschäft. Um wieviel mehr muß das erst der Fall sein, wenn der Staat die Betriebschächterel durch Subventionen auch noch planmäßig fördert.

Man kann mit Sicherheit annehmen, daß in erster Linie die modernen, technisch gut ausgerüsteten Betriebe von der Möglichkeit profitieren werden, mit Hilfe der Subventionen und der Lohnsenkung die Aufträge auf Kosten der anderen Betriebe zu vermehren. Die technisierten Betriebe leiden ja unter den wachsenden Kapitalkosten bei stündendem Umsatz. Ihre Konkurrenzfähigkeit steigert sich deshalb, solange die Kapazität noch nicht voll ausgenutzt ist, nicht proportional, sondern progressiv mit der Steigerung des Umsatzes...

Wenn Aufträge von einem technisch weniger entwickelten auf einen technisch hochentwickelten Betrieb übergehen, so bedeutet das aber nicht eine bloße Umlagerung der Beschäftigung, sondern im Rahmen der Volkswirtschaft

eine Vernichtung von menschlicher Arbeitstätigkeit. Der Arbeiter, der in einem technisch hochstehenden Betriebe neu angelehrt wird, erzeugt das Mehrfache an Produkten als ein Berufsstolze in einem technisch rückständigen Betriebe.

Tausend neue Arbeiter in modernen Großbetrieben müssen mehrere tausend Arbeiter aus der Sphäre der rückständigen Betriebe in die Arbeitslosigkeit stoßen, wenn der volkswirtschaftliche Auftragsbestand im ganzen unverändert bleibt. Und um diesen Effekt zu erreichen, sollen 700 Millionen Mark aus öffentlichen Steuermitteln aufgewendet werden? Die Regierung hat über diesen Plan die Ueberlieferung gesetzt: Arbeitsbeschaffung und Verminderung der Arbeitslosigkeit!

Man stelle sich nur einmal praktisch diese groteske Sachlage vor: Diejenigen Unternehmer, denen es gelingt, den anderen die Aufträge abzugewinnen, bekommen außerdem vom Staat eine Barprämie von 400 Mark für jeden neu eingestellten Arbeiter und dazu noch das Recht, ihrer gesamten Belegschaft den Lohn unter den Tariffatz zu kürzen. Die anderen aber, denen die Aufträge abgenommen wurden und die dadurch schon in eine bedrängte Lage geraten sind, erhalten zum „gerechten Ausgleich“ nicht nur keine Subvention, sondern sie bleiben gegenüber der stärkeren Konkurrenz auch noch mit den höheren Tariflöhnen verhaftet.

Man saßt sich an den Kopf und glaubt, einer Sinnestäuschung verfallen zu sein. Die Regierung kann doch nur die tatsächlich aus den Arbeitsbeschaffungsplänen anfallende zusätzliche Arbeit, unmöglich aber generell die Gesamtwirtschaft meinen? Aber nein, in diesem Falle würden ja nur die neu einzustellenden Arbeiter

unter die Lohnkürzung fallen, während ganz unzweideutig die Gesamtbelegschaft genannt ist, und zwar ohne Unterschied der Betriebe und ohne nach den Ursachen der Mehrbeschäftigung zu fragen.

Der Plan ist so sinnwidrig, daß man der Regierung wohl zubilligen muß, daß sie ihn in seiner praktischen Bedeutung nicht erkannt hat. Schon nach der ganzen Mentalität des Gesamtkabinetts läßt sich ja nicht gut annehmen, daß es bewußt den Vernichtungskampf der technisierten Großindustrie gegen das Mittel- und Kleingewerbe fördern wollte. Ebenowenig kann man der Regierung nach der präferierten politischen Situation, in der sie sich befindet, zutrauen, daß sie bewußt die Ankurbelungsmöglichkeiten für die Gesamtwirtschaft aus der Arbeitsbeschaffung ausmerzen wollte. Soweit mangelnde Erkenntnisse eine Entschuldigung sind, sei sie dem Kabinett Papen zugestanden. Aber genügt das zur Rechtfertigung seiner Taten?

Württemberg gegen Papen.

Gegen die vernichtenden Folgen der 400-Mark-Prämie.

Die Pressestelle des württembergischen Staatsministeriums beschäftigt sich mit der von der Reichsregierung in ihrem Wirtschaftsprogramm aufgeworfenen Frage, wonach allen Unternehmern, die eine Neueinstellung von Arbeitern vornehmen, eine Prämie von 400 M. für jeden Arbeiter und ein Jahr gewährt werden soll, und erklärt dazu, daß in solcher Ausmaßung die Prämie diejenigen Unternehmungen schädigen würde, die in durchaus sozialer Weise den Stamm ihrer Arbeiterschaft, insbesondere durch Kurzarbeit, zu halten gesucht hätten. Sie würde die Unternehmungen einseitig begünstigen, die rücksichtslos rationalisiert und ihre Arbeiterschaft entlassen hätten. Bei der gerade in Württemberg seit langem und in weitem Maße durchgeführten Kurzarbeit würde die Maßnahme der Reichsregierung in ihrer zunächst geplanten Form gerade in Württemberg großen Schaden mit sich bringen.

Das Staatsministerium habe sich deshalb an den Reichskanzler und den Reichsarbeitsminister mit dem Ersuchen gewandt, die Voraussetzungen für die 400-Mark-Prämie so zu gestalten, daß diese Schädigungen und einseitigen Begünstigungen nicht eintreten könnten.

Vor der Kreditverbilligung.

Die Reichsbank meldet neue Devisenzugänge.

In Deutschland vermehrt sich das Angebot von Geld. In den ersten drei Augustwochen hatten die Kreditrückzahlungen bei der Reichsbank die Inanspruchnahme von Krediten zum Juliende erheblich übertroffen. Der Reichsbankausweis zum Augustende zeigt eine Inanspruchnahme, die als normal zu bezeichnen ist. Die Handelswechsel haben sich um 228,9 auf 3008,9 Millionen, die Bestände an Reichsschatzwechseln um 33,1 auf 36,9 und die Lombarddarlehen um 114,9 auf 207,4 Millionen Mark vermehrt. Daß die Banken mehr Kredite genommen haben als sie brauchten, zeigt die Zunahme der zinsfreien Gelder auf Girokonto um 54,6 auf 407,6 Millionen Mark.

Der Rotenumlauf stieg um 200,0 auf 3816,9, der an Rentenbankscheinen um 18,4 auf 410,9 Millionen Mark. Zum vierten Male zeigt sich im Reichsbankausweis eine Vermehrung der Gold- und Devisenbestände. Die Goldbestände nahmen um 0,16 auf 768,3, die Bestände an deduzierbaren Devisen um 13,3 auf 156,8 Millionen Mark zu. Die Notendeckung durch Gold und Devisen hat sich freilich durch die größeren Ultimatkredite gegen die Vormoche von 25,2 auf 24,2 Proz. verringert.

Diskontsentung am 19. September?

Die Lage auf dem deutschen Geldmarkt ist schon längst für eine Diskontsentung, d. h. für eine allgemeine Kreditverbilligung reif. Dieser stand bisher die geistliche und international verankerte Bestimmung entgegen, daß der Diskontsatz 5 Proz. nicht unterschreiten darf, solange die Gold- und Devisendeckung weniger als 40 Proz. beträgt. Die Reichsregierung verhandelt mit den Kaufmännischen Vertragspartnern, um trotzdem eine Diskontsentung durchzuführen zu können. Am 19. September findet in Basel eine Sitzung des Verwaltungsrats der Bank für internationale Zahlungen statt, deren Zustimmung für die Diskontsentung erforderlich ist. Man erwartet allgemein, daß nach dieser Verwaltungsratsitzung das Reichsbankdirektorium den Reichsbankdiskont von 5 auf 4 Proz. herabsetzen können.

Die Lebenshaltungskosten im August.

Amlich wird mitgeteilt: Die Lebensindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung und „sonstiger Bedarf“) beläuft sich für den Durchschnitt des Monats August auf 120,3 gegenüber 121,5 Proz. im Vormonat; der Rückgang beträgt somit 1,0 Proz. An dem Rückgang sind hauptsächlich die Bedarfsgruppen Ernährung und Bekleidung beteiligt. Es sind zurückgegangen die Indexziffern für Ernährung um 1,8 auf 111,8 Proz., Bekleidung um 0,8 auf 115,3 Proz. und sonstiger Bedarf um 0,2 auf 165,1 Proz. Die Indexziffer für die Wohnung ist mit 121,3 unverändert, die Indexziffer für Heizung und Be-

leuchtung mit 134,3 nahezu unverändert geblieben. Innerhalb der Gruppe Ernährung sind hauptsächlich die Preise für Gemüse und für Kartoffeln zurückgegangen.

Zur Wende der Konjunktur.

Hat Wagemann die Melodien zu Papens schauerlicher Wirtschaftsmusik geliefert?

Wohltuende Beurteiler nennen Papens Wirtschaftsprogramm die Verwirklichung einer lähnen konjunkturpolitischen Idee. Behindert durch das Verbot des „Vorwärts“, müssen wir die inzwischen veröffentlichte Konjunkturprognose des Instituts für Konjunkturforschung wenigstens in groben Zügen nachtragen, wobei der Leser erkennen wird, daß wahrscheinlich Professor Wagemann, der bekanntlich mit dem Reichswirtschaftsminister Warnebold verwandt ist, als der geniale Anreger von Papens Wirtschaftsprogramm angesprochen werden darf.

Bei der Beurteilung der weltwirtschaftlichen Gesamtlage kommt das Konjunkturinstitut zu dem Ergebnis, daß die Weltwirtschaft als Ganzes sich nunmehr anschiebt, das Krisentief zu überwinden. Es stützt seine Auffassung auf die Tatsache, daß die Weltmarktpreise fast allgemein anziehen, die Rohstoffvorräte im ganzen nicht mehr zunehmen, der Mengenumsatz im Welthandel wahrscheinlich stabil geblieben sei, die Kapitalmärkte, besonders in England und Amerika, sich beleben hätten und in den überseeischen Rohstoffländern die Konsolidierungstendenzen angehalten hätten.

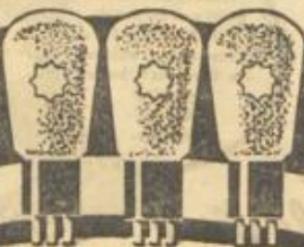
Für Deutschland ist die Prognose erheblich weniger günstig; die ganze Formulierung ist außerdem so erfolgt, als ob die Regierung zu Maßnahmen aufgefordert werden müsse. Das Institut schreibt: „Die Voraussetzungen für einen durchgreifenden Wirtschaftsaufschwung nach den Regeln der alten Konjunkturautomatik sind, obwohl in Teilen der Weltwirtschaft in greifbarer Nähe gerückt, für Deutschland noch immer nicht gegeben. Denn eine Erhöhung der Investitionstätigkeit aus pri-

SUNLICHT SEIFE

„GUT WAR SIE IMMER SCHON - ABER JETZT AUCH SO BILLIG!“

DOPPELSTÜCK JETZT 27 PF.
BLOCKSTÜCK JETZT 23 PF.
Neu! 10 PF. PACKUNG.

DOI 21 16/98



TELEFUNKEN senkt die Preise

der wichtigsten Röhren für Rundfunkempfang (Schirmgitterröhren u. Penthoden) u.a. die RENS 1204 von Rm. 16.20 auf Rm. 15.-

water Initiative — sie gibt den „normalen“ Konjunkturanstoß — kann unter den derzeitigen Umständen nicht erwartet werden, und der Absatz an Verbrauchsgütern und Exportwaren wird wegen schrumpfenden Volkseinkommens und verminderter internationaler Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands eher abnehmen. Wenn die Wirtschaft sich selbst überlassen bleibt, kann vorerst nicht mehr als günstigstenfalls ein allmählicher Auslauf der Rückgänge in Absatz, Produktion und Beschäftigung erwartet werden.“

An einer anderen Stelle wird gesagt, daß in Deutschland der Umschwung zum Besseren wegen der sehr viel weitergehenden Eingriffe in die Unternehmungswirtschaft nicht ohne weiteres eintreten werde. Ob und inwieweit Besserungstendenzen sich durchsetzen, „hängt in hohem Maße von der Art, Stärke und Konsequenz der politischen Führung ab, ist also dem ökonomischen Kalkül weitgehend entzogen.“

Ausdrücklich bezeichnet das Konjunkturinstitut als Abschlußtag seines Berichts den 27. August; am nächsten Tage ist bekanntlich von Papen das Wirtschaftsprogramm in Münster verkündet worden. Die Zusammenhänge sind klar und interessant genug, das Geheimnis des Rätsels von Münster, auch die Frage, warum das Reichskabinett der Mitarbeit der Staatssekretäre und Referenten für das Wirtschaftsprogramm nicht bedurfte, scheinen ausreichend geklärt. Das Werk wird dadurch nicht besser. Die Bedenken werden nur noch größer!

Benzin teurer!

Ein neues Benzin-Kartell und seine Absichten.

Deutschland ist nie ein Eldorado für Auto- und Motorradfahrer gewesen. Der Zoll beträgt jetzt mehr als das Dreifache des Rohölpreises, nicht allein aus fiskalischen Gründen, weil das Reich auf die hohen Zolleinnahmen angewiesen ist, sondern auch deshalb, weil der Preis ganz bewußt hochgetrieben werden sollte. Die Deutschen hätten sonst nämlich vielleicht auf das Vergnügen verzichtet, mit „deutschem“ Benzin zu fahren, dem Benzin von I.G.-Farben nämlich, das sehr hohe Produktionskosten hat.

Inzwischen aber ist — plötzlich und unerwartet — eine Benzinerhöhung um drei Pfennig von den Händlern vorgenommen worden, weil sie sich endlich über ihre Anteile am Markt geeinigt hatten. Im Herbst 1930 war die Treibstoffkonvention zerbrochen, weil die hohen Preise, eine große Zahl von Außenleiter-Importeuren großgezogen hatten. Jetzt hat man sich wieder geeinigt. Mit den Russen (Dero) sind zwar nur inoffiziell Verhandlungen geführt worden, aber sie werden sich den Kartellabmachungen anschließen. Während man früher Preisvereinbarungen getroffen hatte, hat man sich jetzt auf Festsetzung der Quoten vom Absatz beschränkt. Es sollen auf die Deutsche Petroleum-K.G. (Standard) etwa 21 Proz., auf Shell 20 Proz., den Benzolverband 18 Proz., die Russen 16,5 Proz., Dier 10 Proz.

und Gasolin (I.G.-Farben) 9 Proz. des deutschen Absatzes entfallen. Daß bei den hohen Brennstoffpreisen etwa 100.000 Autos und Motorräder abgemeldet und stillgelegt wurden, weil der Betrieb eben zu teuer ist — ein Schönheitsfehler, nicht ganz angenehm, aber es macht nichts! Am 1. Oktober kommt bestimmt eine neue (beinahe „geföhliche“) Preiserhöhung um etwa 2 Pf., dieses Mal, weil auch die Autofahrer für die paar tausend Großagrarien mit Kartoffelbrennerreien etwas tun sollen. Deshalb werden dem Benzin von jetzt ab 10 (bisher 8) Proz. des viel teureren Spiritus beigegeben.

Im Reichswirtschaftsrat wurde an Stelle des verstorbenen Genossen Paul Umbreit Genosse Splieth vom Bundesvorstand des ADGB. zum Vorsitzenden des Sozialpolitischen Ausschusses gewählt.

Die Stilllegung der Isleder Hütte wurde ab 3. September beschlossen, da alle Versuche zur Aufrechterhaltung des Betriebes ergebnislos waren. 1000 Arbeiter verlieren ihr Brot. Die Stilllegung steht im strikten Widerspruch zu den Erwartungen, die die Reichsregierung an ihr Wirtschaftsprogramm knüpft. Das Reich ist an der Isleder Hütte beteiligt. Daß schon am grünen Holz das Vertrauen in das Papen-Programm zu fehlen scheint, ist charakteristisch für die Einschätzung des Programms.

Starker Rückgang der Konturjahren. Im August wurden 499 neue Konturjahre und 388 eröffnete Vergleichsverfahren bekanntgegeben. Die entsprechenden Zahlen für den Vormonat stellen sich auf 629 bzw. 401.

werbetage im zeichen des **optimismus** und der **wohltätigkeit!**

wir zahlen 2.-rm.

bei einkauf neuer schuhe ab 7,75 mark

leipzigerstr. • hardenbergstr. • potsdamerstr.



für alte schuhe

gleichbleibende direkt preise ab fabrik an sie

alexanderpl. (berolinahaus) wilmersdorferstr.

alle abgegebenen schuhe spenden wir der winterhilfe

Beschäfts-Anzeiger

„Hawag“ [R. 202]
Heizung, Lüftung, Be- und Entwässerung
NO18, Landsberger Str. 92, Tel.: Alex. 9130/1

Friedrich Hädicke Bauklempner
Be- und Entwässerung / Sanitäre Anlagen
SW 68, Lindenstraße 2 TELEPHON: Dönhoff 9572

ARBEITER! Deckt euren Bedarf in Eisenwaren, Werkzeugen, Haus- u. Küchengeräten bei **ERNST WIESE**, Berlin O 34, Frankfurter Allee 16

Märkischer Fleischkonsum Hermann Pohle
Palisadenstr. 29 Strausberger Str. 34

GERMANIA-PRACHTSALE CARL RICHTER
Berlin N 4, Chausseestr. 110 :: Weidendamm 6103 u. 6080
Säle für Festlichkeiten, Kongresse usw. bis 1200 Personen fassend zu den günstigsten Bedingungen [R. 126]
Gute Küche :: Gepflegte Biere :: Solide Preise

Stempelfabrik Werner & Schade
Berlin N, Kastanienallee 44
Fernsprechanruf: Humboldt 1011-101 liefern!
Kautschuk- und Metallstempel prompt

Für den Herrn kauft man gut und preiswert Hüte, Mützen, Oberhemden, Gravaillen, sowie alle modernen Herrenartikel im Spezialgeschäft **Paul Henszel** Köpenick, Schloßstraße 17.

Eier-Großhandlung Billigste Bezugsquelle für Kantinen **M. ZIERLER** SO. 16, Cöpenicker Straße 67 Telefon: P 7 Jannowitz 1960

VOLCK & GNÄDIG Reparatur-Werkstatt
mit eigener Schweißanlage für graph. Maschinen Rotations-, Tiefdruck- und Offsetmaschinen
Umzüge kompletter Druckereien
Berlin SW 61, Gitschiner Str. 15
Tel.: F 1. Mpl. 36 77. — Nachtruf: G 5, Südring 323 und 234 P 2, Neukölln 46 99.

Böttcher-Walzen sind die besten!

Büromöbel Ausrüstung von Jugendheimen
Kurt Schütze Berlin N 65, Fennstr. 27 Telefon D 8, 3128

Karl Zacher Nachf.
In- und ausländische Früchte
C 25, Dirdtsenstraße 48/49
Telephon: Weidendamm D 2 0285 Tegeel CS 1022

Fleisch Wurst
Willy Hanka Brunnenstr. 121 — 122
billig gut!

Dacharbeiten, Neu- und Umdecken in Ziegel, Schiefer, Pappen. — Kostenschätzungen unverbindlich.
Zuschreiben unter C. P. 100 an die Expedition des „Vorwärts“.

Restaurant Fröhlich Berlin C 2, Rathausstraße 1 (Ecke Spandauer Straße)

Buchdruckerei Richter G.m.b.H.
Bin. - Charlottenburg 5
Sophie-Charlotte-Straße 15
An Bahnhof Westend / C 4. Wilt. 2275-28

Butter-Heinze
Filialen in allen Stadtteilen
Gläß & Ihle
Reparaturwerkstatt für graphische Maschinen — Dreherei — Fräselei
Hobelei — Eig. Autogenschweißanlage
Berlin SW 68, Alexandrinenstr. 24-25
Tel.: A 7 Dönhoff 4204. Nachtruf: D 8 Pankow 3883, F 8 Borswald 8540

Jalousie-Fabrik Ernst Garf, Inh. E. & J. Garf
SO. 36, Britzer Str. 7. Tel. P 1 Moritzpl. 3070

Ruderer und Segler verlangt beim Einkauf nur **Krapkol-Bootslack**

Joseph Schulz Berlin, Gitschiner Str. 80 am Hochbahnhof Prinzenstraße
Schleiferei für Messer, Scheren etc.
SPEZIALITÄT: Maschinen-Pappscherenmesser
Neue Messer jeder Art [106]

Walter Stiklas Bautischlerei
Innenbauwerkstätte
Berlin-Weißensee, Streustr. 12/13
Tel. E 6, Weißensee 3092 / Gegr. 1885

„GOBA“ Frischluft-Trockner ermöglicht Kinderwäsche in Licht u. Sonne zu trocknen
Erhältlich in Warenhäusern — Konsum

Hermann Lorenz Invalidenstr. 161
Löffel, Tee, Kakao, Eig. Rösterei seit 1870

Dachpappen-Verkauf etc. zu billigsten Fabrikpreisen
Theodor Seibel Dachdeckermeister, Leitungsarbeiten
Berlin-Marienthorf
Prühstraße 26 / Tel. Südring 1313

STOLPER JUNGHEIN VOLFFETTER CEMEBERT
In allen Butter- und Käsegeschäften zu haben. [102]

HUZI GROSSDESTILLATION
Prinzessinnenstraße 17
Am Moritzplatz

J. Andermann Ges. m. b. H.
H 34, Memler Str. 58, Fernspr. Kleinget. 3290/91
Eiergroßhandel Import Export

Zigarren — Zigaretten
Tabake
Hugo Schröder
Berlin S 42, Brandenburgstr. 82

„Vorwärts“-Leser, kauft bei unseren Inserenten!

IRMGARD KEUN: **Gilgi** eine von uns

Dlga erzählt von Reisen nach Kairo und Luxor, von Fahrten nach Spitzbergen. Gilgi geht zur Telephonzelle, um nach Hause zu telefonieren. Als sie wiederkommt, empfindet Herr Reuter Dlga nicht mehr als störend.

Gilgi verschwindet nach einiger Zeit für eine Viertelstunde auf die Toilette. Herr Reuter erinnert sich, daß eigentlich „blond“ sein Typ ist. Er wird geistreich. Dlga sieht ihn bewundernd an, und Herr Reuter ist überzeugt, sich sein Verbalg unterständig zu haben. Gilgi kommt zurück, sitzt still und bescheiden da und läßt sich von Dlga überblenden. Sie ist ein unscheinbares, kleines Mädchen. Herr Reuter erinnert sich an etwas verrostete Prinzipien: mit Angestellten keine Liebhaftigkeiten anfangen und so weiter.

Gilgi geht für zehn Minuten ins Vestibül, um nach einer Zeitung zu suchen. Durch cremefarbene Spigen schimmert Dlgas frische, rosige Blondinenhaut und überzeugt Herrn Reuter, daß Dlga „die“ Frau ist, die ihn versteht.

Eine halbe Stunde später bringt er erst Gilgi, dann Dlga nach Hause.

Nicht mehr, nicht weniger. Auf dem Tisch steht der übliche Geburtstagsnapfuchen mit den schönen, regelmäßigen Ondulationswellen. Ueber die Sofalehne gebreitet liegen Frau Krons Geschenke: dunkelblauer Seidenstoff für ein Kleid, lange weiße Glacéhandschuhe (beides mit Gilgi zusammen gekauft) und aus eigenem Antrieb eine Flasche Eau de Cologne und eine unverwendbare Tasche. In der Tasche steckt Herr Krons jährliches Geburtstagsgeschenk: ein Fünfzigmarktschein.

„Danke, Vater.“ Gilgi gibt Herrn Kron die Hand. Er sieht von der Zeitung auf.

„Laß dir jut jehn im neuen Jahr, Gilgi, bleib je fund und — denk jaonich mehr an das, was dir Mutter eben jesaacht hat.“

„Tu ich schon jezt nicht mehr, Vater.“

„Ra, denn is man jut.“

„Danke, Mutter.“ Gilgi küßt Frau Kron auf die Schläfe.

„Defalln dir die Sachen, Kind? Der Stoff is defatiert. Was sagste zu der Tasche?“

„Wunderschön, Mutter.“ Gilgi hält die Tasche in der Hand. Die Mutter guckt so ängstlich und erwartungsvoll, man muß noch

was sagen, aber was, was, was? „Wunderschön, wirklich, wun . . .“ Die erwartet nun was, hat sich Sorgen gemacht, nun muß man was sagen, irgendwas mit Liebe und Gefühl, aber das geht doch nicht so auf Kommando, gerade weil's erwartet wird, geht



„Ja, Gilgi, trink, Gilgi!“

(Phot. Paramount)

nicht, da schiebt sich ein Kiegel vor, fester, immer fester . . . „Ich — also — wunderschön, wirklich . . . also, ich — bin so froh, Mutter — wirklich.“ Ufff, Gilgi sinkt auf den Stuhl. Wo andre Leute nur immer im richtigen Augenblick die richtigen Worte hernehmen mögen?

„Ja, Gilgi, trink, Gilgi.“ Ja, Gilgi, trink, Gilgi. Sie würgt am Napfuchen, hat keinen rechten Appetit. Ja, Gilgi, trink, Gilgi! Versucht anständig von den Leuten. Haben mir einundzwanzig Jahre hindurch Wohnung gegeben, Essen und Trinken. Haben mich was lernen lassen. Der Mann da, der da die Zeitung liest und den ich eigentlich nichts angehe, schenkt mir jedes Jahr fünfzig Mark. Warum? Die dicke Frau da, die hat fünf Nächte lang geheult und nicht geschlafen, damals, als ich Scharlach hatte. Warum? Ja, Gilgi, trink, Gilgi. Und ich? Womit hab ich bezahlt? Verdammt, ich hab Schulden.

„Noch ein Stück Napfuchen, Gilgi?“

„Danke Mutter.“ Ob ich nächstens mal mit ihr zum Kränzchen-laffee gehe? Sinnlos verschwendete Zeit. Ob ich jezt abends immer zu Hause sitzen soll? Sinnlos verschwendete Zeit. Jedes Beisammensein mit euch ist sinnlos verschwendete Zeit. War's, ist's, wird's immer sein. Ja, Gilgi, trink, Gilgi. Also, wenn ich jezt auch nur eine halbe Träne heule, schlag' ich alles kaputt.

(Fortsetzung folgt.)

Die drei verbotenen Tage Ein kleiner Theater-Rückblick

Massary im Metropol

„Eine Frau, die weiß, was sie will“

— Dies ist zuerst, ist als entscheidend festzustellen: was sich hier begibt, ist in allem und jedem endlich einmal aufatmen lassendes Abweichen von trister Schablone. Alfred Grünwalds „Frau, die weiß, was sie will“ ist ein nettes Lustspiel, ist Gesellschaftsrombidie alter Schule mit allen Qualitäten, mit all der sicheren Routine und traditionellen Theaterkultur dieser schon fast ausgestorbenen Gattung: nicht ohne elegante Leichtigkeit, grazile Anmut, individuelles Parfum; voll sentimentaler Pointen, die überlegener Jynismus sofort charmant pariert und parodiert; geschickt im Dialog und amüfant im Fluß der Szene, langweilig lediglich am Anfang, in der Exposition. Das ist aber immer noch besser als das Umgekehrte, Uebliche. Musik ist auch dabei. Von Oskar Strauß sogar; Musik, die sich unterordnet, die das Spiel nicht aufhalten will und nicht aufhält, die — so wichtig sie in Wirklichkeit ist — ganz zufällig scheinbar und wie absichtslos sich leise wie auf Regenpföschchen tastend aus dem Orchester auf die Bühne schleicht, halbblaute, raffinierte, ganz exquisit instrumentierte Musik, für Kenner und Liebhaber des Chansons eine erlesene Freude.

Lezt, Szene und Musik, all dies ist gleichsam nur ein Mantel, den sich die Favoritin dieses Abends, die Massary, ganz wunderbar um die Schultern zu legen und zu tragen wußte; ein Mantel, der die Trägerin ob des Geschmacks, mit dem sie ihn gewählt, ebenso ehrt wie die Herren Schneider, die ihn ihr fertigfertigt. Ihre Partner sind ja sämtlich nur Statisten, ob nun mehr oder weniger im Hintergrund, ist gleich: sie stören wenig oder nicht. Ellen Schwannede, ihre Gegenspielerin, ist zweifellos begabt, für diese Rolle prächtig ausgefacht, immerhin noch (wie die anderen alle, wenn die auch reichlich unbegabter sind): ein Typus. Der Typ des jungen Räubels von heute. Die Massary aber ist mehr als der Typ etwa der reifen Frau im Widerstreit von Lebenshunger und Verzicht, von Fraulichem und Mütterlichem, Anmut, Wehmüt: sie spielt individuelles Theater, einfacher noch, sie spielt Theater und spielt nicht sich selbst . . . (irgendwo freilich aus der Ferne doch wieder sich selbst). Mit wachem Bewußtsein, reifem Intellekt, mit souveräner Virtuosität baut sie ihre Rolle auf aus tausend Kleinigkeiten, die wie geschliffene Facetten funkeln, balanziert sie das Spiel, setzt sie Lichter auf und dunkelt nach — kein Wunder, daß sie gefeiert wird, wie auch Berlin es selten nur erlebt. Arnold Walter.

Ein neues Kabarell

Das Theater am Kurfürstendam wurde zum Kabarell erklärt und auf den Namen Apollo getauft. Apollo selbst ließ durch Walter Killa sein Fernbleiben entschuldigen; auch ohne dies wäre das Fehlen des Herrn der Mufen bemerkt worden, der das wirre Programm hätte ordnen können: man vergaß das Rezept der Hochzeit zu Kana und bot zuerst den guten und dann den schlechten Wein. An Mufen waren erschienen:

Polshgmnia in Gestalt von Frä. Ma z y o s, Geigenvirtuosin mit einem Schuß Gymnastik; Euterpe mit angreiferischer Augenblicksprit, durch Elli Glä h n e r im Stil „Alt, aber gut“ gebracht, und Terpsichore gleich in doppelter Ausfertigung: Janina und Bazarow, Tänzer nicht von dem jelsamen Orte Rixenau, wie das Programm wollte, sondern wirklich von Rixenau, und die 16 Glazaro ffs, bei denen die Tänze deflorativer waren als die Dekorationen. Dann sogar Kio, als nämlich Emanuel Steiner, im

übrigen durch geradezu grauenerregende Rechenkunststücke verblüffend, auch sein Geschichtswissen unter Beweis stellte. Schließlich jene zehnte Muse, die eine unklassische Zeit sich erst neu erfinden mußte: durch den sehr jungen und sehr wendigen Gustl Stark-Gstettenbauer, durch die vorzüglichen Artisten Fresco u. Campo und durch den Illusionisten Arcano dreimal vertreten. Bis hierher eine Folge ausgezeichneter Nummern, die man in solcher Einheitslichkeit der Qualität selten sah. Hingegen schien Polshgmnia

„Wunder um Verdun“ Deutsches Theater

Während blankgeputzte Stahlhelmeute den Krieg als glorreiche Parade feiern, während der wilde Adolf seine Gelbhäute ergierzt, während der Generale, die das Sterben befehlen, aber nicht gestorben werden, und deklamierende Frachthenden von Berlin bis Washington neu und rosig die Rüstungen schminken, kommt demütig und leise singend, schluchzend und vom Grauen geschüttelt der Dichter und schlägt und hämmert des Krieges furchtbaren Rhythmus: Massengrab und Totentanz. Der Dichter wird zur Stimme Gottes und die Schaubühne zum Weltgericht.

Sehet, das ist der Krieg: Die Vermesung von Millionen, die starben, ehe sie reisten. Der Dichter springt vor die Front der konventionellen Lügen, stößt in die Posaune der Wahrhaftigkeit und spaltet die Gebirge der Hügel, stürzt die Wälder der Kreuze, bläst mit donnerndem Odem die Erde fort und ruft sie herauf, die vom Wahn Ermordeten, die sinnlos Erschlagenen, die Durchstochenen, die Ermürgten, die Vergifteten. Sie kommen wieder, sie auferstehen: die Toten des Massengrabes. Schon stehen sie in Reih und Glied, noch schlatternd und frierend, jezt aber von der Trommel ergriffen und fortgerissen in die wiedergewonnene Welt hinein, in den Sommer, in die Ernte, in die Heimat. Ein Wunder ist geschehen: die Toten von Verdun marschieren. Marschieren gerade zur rechten Stunde, denn heute feiert der Erdball ihr Gedächtnis; Minister, Priester, Professoren weibereden, schwören ewiges Gedenken, geloben Sicherung des Sieges oder Rache für die Niederlage. Die Toten von Verdun marschieren, marschieren mitten hinein in die süße Gewöhnung der Lebenden, in die Schlafstunden der wiedererheirateten Witwen, an ihre längst neu besetzten Arbeitsplätze, zu den fetten Stammtischen der einstigen Koffameraden.

Die Toten von Verdun marschieren und die Perücken wackeln, die Bürokraten rechnen und zittern: wenn sie alle auferstehen wollten, die teuren Gefallenen, dreizehn Millionen Tote, die wieder lebendig wurden: was geschähe mit der Ordnung, mit der Statistik, mit dem soliden Haushalt. Die Toten von Verdun marschieren, und die guten Bürger, die toben noch Kränze stapelten, schreien um Hilfe: Rettet die Lebenden vor den Geipenstern!

Der Völkerbund tagt, die Auferstandenen von

Verdun dringen ein. Sie hören von akuten Foroderungen der Landkarte, von Lebensfragen der Vaterländer; die Herren ledzen nach neuem Krieg, nach neuen Toten — mit den alten können sie nichts anfangen. Im Namen der Nation und des Kreislaufes der Gerechtigkeit, im Namen der lebendigen Erde und des unsterblichen Himmels werden diese erlucht, sich wieder in ihre Gräber zu begeben. Die Toten von Verdun marschieren, die Trommel voran, zum zweiten Male erschlagen, zerlegt, erwürgt, vergiftet . . . So sah es der Dichter, ein jugendlicher, früh verstorbener, nicht ausgegrenzter Dichter, aber ein Dichter, ein Vulkan, Hans Chlumberg. Ein Held. Ein Verkünder der Wahrheit, zugleich ein Zweifeln-der, vielleicht schon ein Verzweifelter. Dennoch ein Hoffender: schaut den Totentanz des Krieges, hört das Getöse der Knochen . . . haltet Frieden.

Mit der Vorführung dieser Dichtung hat Karl Heinz Martin eine neue Spielzeit des Deutschen Theaters eröffnet. Martin war mutig, aber nicht mutig genug. Pfliffe und Stinbom-ben fürchtend, hat er vieles gemildert, manches umgebogen und allzu deutlich verdeckelt. Was aber wichtiger ist: War Martin auch klug, bühnenflug?

Die Wirkung der Aufführung war geringer, als das Erlebnis des (bei S. Fischer erschienenen) gedruckten Buches es ist. Das darf nicht verschwiegen werden. Ergibt sich solche Abschwächung aus mangelnder Gestaltungskraft Martins? Vielleicht ein wenig aus der Willkür, mit der er verfuhr; er strich mehr als ein Drittel des Textes, auch Gelehte, auch Geistiges, Apokalyptisches, er verkümmerte, er tat hinzu. Doch das alles ist nicht das Entscheidende. Entscheidend mußte sein, daß das Schönste von des jungen Chlumberg Dichtung lyrisch entschwebt, daß der noch unerfahrene Schriftsteller Chlumberg viele abgebrachte Vorbilder nutzte, die nun von der Bühne her langweilen, und daß das Stück, wie es schließlich (wohl nach schwerem Gebärkampf) geworden ist, zwei Probleme durcheinander mischt, einmal die Folgen, die es haben würde, wenn unvermutet die Toten, auch die jivilen, wieder Lebensrecht forderten, zum andern: Krieg dem Kriege!

Das Wunder von Verdun wäre hinreichender, wenn nicht bürgerliche Bogatellen den Herzstoß seiner Anklage ablenkten. Robert Breuer.

Bereits gegangen zu sein, als Dorothea Manstl sang; denn siehe, die Bombenstimme allein tut's nicht, sie muß auch am richtigen Platz verwendet werden. Und Thalia vollends verhielte ihr Haupt vor dem Stetsdämon Mariom, trotz Dorothea Bied und Hertha Thiele. Woraus man ersehen mag, wie eine ausgezeichnete Gerechtigkeit dafür gefordert hat, daß die am pompösesten angefüllten Nummern am meisten verfolgt. Wenn diese Nummern gestrichen werden, und wenn man sich der seltsamen Irrmeinung begibt, daß ein Rechenkünster und ein Zauberfünftler auch eine erträgliche Conference errechnen oder ergaubern können — dann kehrt Apoll persönlich noch heute im hellen Raum am Kurfürstendam ein. h. m.

Neue Filme

„Moderne Mitgift“ im Mozart-Saal.

Schon der Titel kündigt das durch und durch bürgerliche Lustspiel an, an dem sich heute jeder Tonfilmregisseur versucht.

Die junge Frau bekommt von ihrem geizigen Onkel als Hochzeitsgeschenk eine unechte Perlenkette. Da sie diese bei einem Berehrer verliert, er die Kette nicht finden kann und ihr schleunigst eine echte kauft, gerät die Ehe der jungen Frau in Gefahr, um dann unter üblicher Schlagbegleitung amüsant wieder ins Lot gebracht zu werden.

Damit die gefanglich sehr gute Martha Eggerer erfolgreich herauszustellen ist und Hans Raps Melodien bekannt werden, läßt das Manuskript die junge Frau und ihren Berehrer begeisterte Musikliebhaber sein. Trotzdem verhindert die Schlagbelästigung, zumal der Regisseur E. W. Ema sich in Wiederholungen gefüllt, ein kottes Tempo. Dennoch gelingen ihm dann und wann sehr uiltige Szenen, namentlich wenn er Leo Siegal frisch und unbekümmert drauflos spielen läßt. Der ist wirklich ein Urmelodist, das aus schottischer Vandeinsamkeit ausgebrochen ist und mit bemerkenswerter Schläue verwickelte Eheverhältnisse in der Großstadt bereinigt. Georg Alexander ist genau so dumm und glücklich verliebt, wie das Publikum ihn zu sehen wünscht und Hans Brausemeyer ist der junge Mensch, der unter dem meistens bewußten Ehemittel immer im rechten Dicht steht. e. b.

Das Infarrich im Hof-Pavillon.

„Zu den Kopfgängern durchs Infarrich“ nennt die Warrin den Film, den er in vierjähriger anstrengender Arbeit drehte und den Prof. Dr. Lampe bearbeitete. Etwas weniger wäre für den Film entschieden mehr gewesen. Wir werden im Refektorium durch alte verlassene Kulturfürsten und bewohnte Infarrich-

Die verfunkenne Glocke

Eröffnung des Schiller-Theaters

Das ehemalige staatliche Schiller-Theater wird von dem Triopathänder Hirsch übernommen und neu eröffnet. Der neue Direktor will kein Geschmacksstuck und kein Geschmacksverderber sein. Er will nur sympathisch wirken. Doch er beginnt mit einem Irrtum. Denn er ist stolz darauf, daß er den Musiker Wilhelm Groß beauftragte, das Eröffnungsgstück mit Opernkompositionen zu durchbrechen und zu umwinden. Hebrigens ist Gerhart Hauptmann, der Mitte November seinen 70. Geburtstag feiert, mit dieser Ausstattung durchaus einverstanden.

Ein Mügeleider, doch kein sehr hellhöriger Komponist schuf diese Märchenoper für die „Verfunkenne Glocke“. Er hätte die Dichtung beinahe umgeändert.

Kunst fürs Volk darf nicht experimentell sein, sie soll dem braven Mann eingehen, ohne daß er viel tiffelt. Aber bei der Eröffnungsvorstellung machte sich diese spielerische Artigkeit breit, die das Gegenteil von Volkstümlichkeit ist. Der Direktor duldet auch die dramaturgisch zweifelhaften Bearbeitung des Textes durch den Regisseur Renter. Allerdings hatte der tolerante, im Theateraal begeisterte gefeierte Dichter auch hier zugestimmt.

Die Kräfte des Schiller-Theaters werden nicht immer die große Musik der Romantik und die Herzenswärmerie spielen müssen, zu der das dramatische Märchen sie zwingt. Die Schönheit des Märchens blieb, trotzdem die Darstellung ihm

gen geht und teils oberflächlich, teils verwirrend mit Menschen, Landschaft und Architektur bekanntgemacht. Wir sehen die Galapagos- und die Guanajineln vor den Küsten Perus und Chiles. Hier sind die paradiesischen Gestirbe für Kobben, Riesenschildkröten und Seesegel. Der Ränder Mensch läßt die Vögel vollkommen ungestört, weil er ihren Dreck industriell auswertet, versteht und öffnet von diesen Inseln jährlich 100 000 Tonnen ausführt. Wir besuchen die Hochflähen von Ecuador und gewahren in den Hochsteppen 2500 Meter über dem Meere in mächtigen Bauten Ueberreste alter Inkakultur. Die brutal erobernden Spanier konnten wohl zerstören, aber nicht wieder aufbauen, sie brachten Bevölkerung ins Land, und so moht jetzt in diesen Gegenden ein Volk, das nichts mehr mit der hohen Kultur seiner Bergangenheit zu tun

nieses schuldig blieb, von mehr als drei Jahrzehnten fast unberührt. Die Hochheit, die gehört wurde, ist nur auf die Schuld der Schauspieler zu rechnen. Sie können erst später zeigen, was an ihnen noch zu entdecken ist. Vorläufig ist leider Fräulein Borodin, die aus dem Staatstheater geholt wurde, noch kein Reutendelein. Sie kann nicht aufwarten mit der göttlichen Cantilene, die ihre Rolle fordert. Sie ist eher neckisch als zauberisch, eher laut als leuter. Es singt noch nicht aus ihr. Auch, um gleich den Riefemann zu nennen, Hermann Heuser besitzt noch nicht die Kraft, um aus dem Flügelgehauer eine feilsche Person zu machen. Die Musik stimmt, doch er redet wie ein russischer Mujik. Schon spielt Herr Erich Strömmer den Gledengießer Heinrich eher aus dem Fond als aus dem Strohfleuer, und was das wichtigste ist: er besitzt einen Fond, der ihm bei künftigen Rollen bestimmt zugute kommen wird. Ganz in der Rolle, ganz aus der Befessenheit, ganz aus der gereisten Kunst, die den sicheren Erfolg garantiert, spielte Rosa Pategg die Wittichenberg.

Die neue Direktion wird weniger schwere Aufgaben lösen müssen. Dann kann sie vielleicht halten, was sie dem wartenden Volk verspricht. Denn die jungen Talente, die sich vorstellen, müssen auch Zeit zum Wachsen gewinnen. Und sie sind jung, und sie sind auch talentiert.

Max Hochdorf.

frühzeit des Films darstellt. Heute haben Regie- und Kamerakunst ihren Höhepunkt überschritten, und in platter, landläufiger Verbilligung (Regie Karl Böese, Kameramann Reimar Runge) erhält das Publikum den nach Hoffentlichem Geschmack abgestimmten Gefinnungsstich (nach dem Manuskript von Paul Georg und Franz Rauch) vorgelegt. In diesem Fall aber haben sich die Produzenten den Rahmen der Publikumsbeeinflussung zu weit gesteckt, denn die Mischung von Uniformerotik, Pornographie, wirklicher Lustspielmotive und sogar gelegentlicher Satire zeugt im Grunde von einer geistigen Hilflosigkeit, mit der auch das patriotische Publikum nichts anzufangen weiß. Unter den Schauspielern, die sich dem Gefinnungsstich der politischen Satire zur Verfügung stellen, gehen gute Typen ab: Falkenstein, Reufert, Bicha, Wend, besonders Kurt Lilien. Die Titelhelden sind Hörbinger, Kampers und Heidemann. l. h.

Kurt Karl Velden:

Die Fabrik

Dampf beschnt Marschtritt
aus dem Taft wachsender Pressen —
Sundernde Klappende Hebel
hämmern ihn mit.
Rastigende Riemens treiben an Rädern —
Schwere Exzenter
stampfen den Schritt.

Flammen tanzen
über die Reite der wandernden Rosta.
Aus schwebenden Decken blakender Kohle
springt hell leuchtend Rot.

Fahren staden da unter Doffel
Rauch strömt Gehsucht aus rogenden Essen —
Heil klingt im Taft der Maschine
Melodie der Schichten:
Freiheit, Arbeit, Brot!

Drehrad

Heute, Sonntag, hat einer ein Vieh gebietet,
Morgen, Montag, wird er hingerichtet,
Dienstag verdirbt sich ein Prinz den Wagen,
Mittwoch wird eine Schlacht geschlagen,
Donnerstag habe ich Statpartie,
Freitag stirbt ein Kraftgenie,
Samstag wird überall eingebracht,
Und so geht es durch viele Wochen:
Bilder, blaue, rote, gelbe,
Über der Inhalt bleibt derselbe. Fontana.

PROGRAMM

für die Zeit vom
2. bis 5. September

KINO-TAFEL

PROGRAMM

für die Zeit vom
2. bis 5. September

BTL

Potsdamer Straße 38
An der Lützowstraße.
Strafsache van Geldern mit
Paul Richter, Ellen Richter,
Fritz Kampers
W. 8, 7, 9 Uhr S. 3, 5, 7, 9 Uhr

Odeon, Potsdamer Str. 75
An der Pallasstraße.
Ja, treu ist die Soldatenliebe
mit Fritz Schulz, Ida Wüst,
Jakob Tiedtke
W. 8, 7, 9 Uhr S. 3, 5, 7, 9 Uhr

Turmstraße 12
Wilmsdorfer Str. 63.
Jonny stiehlt Europa mit
Harry Piel, Dary Helm, Al-
fred Abel
Jugendliche haben Zutritt!
W. 8, 7, 9 Uhr S. 3, 5, 7, 9 Uhr

Alexanderstraße 39-40
(Passage)
Ja, treu ist die Soldatenliebe
mit Fritz Schulz, Ida Wüst,
Jakob Tiedtke
Den ganzen Tag geöffnet S. ab 3 Uhr

Bio-Lichtspiele
Hackescher Markt 2-3
Tapokino ab 12 Uhr. Sonnt. ab 3 Uhr
Jugendvorstellung
Eine Stunde mit dir mit M.
Chevalier. — Klutopp vor 30
Jahren. — Beiprogramm

Franziskaner
Gvaronstraße (Ecke Friedrichstraße)
A 12, 3, 5, 9 Uhr
Der König der Vagabunden
mit
Jeannette Macdonald
19.30, 1.30, 4.30, 7.30, 10.30 Uhr
Lebendes Leben
(Kulturfilm Nacktfilm)
Neueste Ton-Bild-Reportage

Die Kamera
Unter den Linden 14
W. 8, 7, 9 Uhr S. 3, 5, 7, 9 Uhr
Euster Keaton in Casanova
wider Wilson. — Ch. Chaplin,
Harold Lloyd.

Moabit
Artushof Wochent. ab 6 Uhr
Sonntags ab 5 Uhr
Parleberger Str. 29
3 Tonfilme: Der Rächer des Tons
— Vater geht auf Helena mit
E. Gläbner — Tonwoche

Charlottenburg
Germania-Palast
Charlottenburg, Wilmsdorfer Str. 63/64
Ja, treu ist die Soldatenliebe
mit Fritz Schulz, Ida Wüst,
Jakob Tiedtke
W. 8, 7, 9 Uhr S. 3, 5, 7, 9 Uhr

Kant-Lichtspiele
Kantstr. 54 (an der Wilmsdorfer Str.)
Mensch ohne Namen mit Wer-
ner Krauß, Maria Bard, He-
lene Thimig
W. 8, 7, 9 Uhr S. 3, 5, 7, 9 Uhr

Schlüter-Theater Beginn...
Schlüterstr. 17 Stg. 3 Uhr: Jugd.-V.
Schaughal-Expreß mit Mar-
lene Dietrich. — Bosserer
Herr gesucht zwecks...
W. 8, 7, 9 Uhr S. 3, 5, 7, 9 Uhr

Wilmersdorf
Atrium Wochent. 7, 9½ U.
Stg. 5, 7, 9½ U.
Kaiserallee, Ecke Berliner Straße
Uraufführung: Die verkaufte
Braut (der erste Opern-Tonfilm) frei-
nach Simelans mit Jarmilla Ne-
votna, Willy Domgraf-Fassbender,
Karl Valentin. — Tonbei-
programm

Zehlendorf-Mitte
Zeli Beginn tägl. 8, 7, 9 Uhr
Stg. 3 Uhr Jugendvorstell.
Potsdamer Str. 66.
Mensch ohne Namen mit Wer-
ner Krauß, Helene Thimig
Beiprogramm

Steglitz W. 8, 50, 9 U.
Stg. 4, 6, 30, 9 U.
Steglitz, Schloßstr. 5, Ecke Gutsmuthstraße
Uraufführung: Drei von der Ka-
vallerie mit Paul Hörbiger,
Fritz Kampers, Paul Heide-
mann, A. Paulig, Hilde Hilde-
brand, Senta Söneland. — Ton-
filmbeiprogramm

Friedenau
Titania-Palast W. 8, 50, 9 U.
Stg. 4, 6, 30, 9 U.
Steglitz, Schloßstr. 5, Ecke Gutsmuthstraße
Uraufführung: Drei von der Ka-
vallerie mit Paul Hörbiger,
Fritz Kampers, Paul Heide-
mann, A. Paulig, Hilde Hilde-
brand, Senta Söneland. — Ton-
filmbeiprogramm

Kronen-Lichtspiele
Reinsstraße 65.
Beg. 7, 9 Uhr. Sonnt. 8, 7, 9 Uhr
Es war einmal ein Walzer mit
M. Eggerth, F. Hörbiger. —
Beiprogramm

Schöneberg
Alhambra Varieté
Tonfilm
Hauptstraße 30
Hansell Nitouche mit Anny
Ondra. — Hygiene der Ehe
(mit Anstielchem Vortrag)
Jugendliche haben keinen Zutritt

Titania Schöneberg
Hauptstr. 49.
W. 8, letzte 9 Uhr S. ab 3 Uhr
Kriminaltonfilm: Schuß im Mor-
gengrauen mit Ery Bos, Th.
Loos, Peter Lorra. — Tonbei-
programm

Westen
Primus-Palast
Potsdamer Str. 19 Ecke Margaretenstr.
Uraufführung: Drei von der Ka-
vallerie mit Fritz Kampers,
Paul Hörbiger, Paul Heide-
mann, Eise Elster, Senta Söneland
W. 8, 15, 7, 15, 9, 15 Uhr. S. ab 8, 15 Uhr

Südwesten
Film-Palast Kammersäle
Teltower Str. 1. W. ab 8, 30, S. ab 8, 30
2 Großtonfilme: Frau Lehmanns
Töchter mit Hansi Niese. —
Goldfieber mit Tom Mix

Tempelhof
Kurfürst W. 7, 9, Sbd. Stg. 5, 7, 9
Stg. 3 Uhr: Jugd.-Vorst.
Dorfstraße 22, Ecke Berliner Straße
Strafsache van Geldern mit
Paul Richter, Ellen Richter. —
Tonbeiprogramm

Tivoli Täglich 8, 7, 9,
Stg. 3 Uhr: Jugendvorstell.
Berliner Straße 97.
Tonlustspiel: Ich bin ja so verliebt
mit Felix Bressart, Charl.
Ander. — Tonbeiprogramm

Mariendorf
Ma-Li Mariendorfer W. 7, 9,
Tonlichtspiele S. 3, 5, 7, 9
Chausseestr. 305.
Tonlustspiel: Ich bin ja so verliebt
mit Felix Bressart, Charl.
Ander. — Tonbeiprogramm

Neukölln
Excelsior Wochentags ab 8½
Sonntags ab 4 Uhr
Kaiser-Friedrich-Straße 181
Zwei glückliche Tage mit
Cläre Kommer. — Die Koffer
des Herrn O. F.

Kukuk Wochentags ab 6½
Sonntags ab 3 Uhr
Kottbuser Damm 93
Schuß im Morgenrauen mit
Ery Bos, Ludw. Diehl. — Ton-
beiprogramm

Mercedes-Palast W. 6½, 9 U.
S. ab 5 U.
Hermannstr. 212.
Bühnengastspiel der grandiosen
Ausstattungs-Revue: Es geht auch
ohne! 40 Mitwirkende, Orchester-
begleitung. — Pümmel: Die Nacht
der Versuchung mit E. Brink,
Fuestterer. — Jugendl. Zutritt

Primus-Palast Woch. 6½, 9
Sonnt. ab 5 U.
Am Hermannplatz, Urbanstr. 72/76.
Ich bin ja so verliebt mit Felix
Bressart. — Die Nacht der
Versuchung

Stern, Hermannstraße 49
Wochentags ab 6½ Sonntags ab 4 Uhr
Schuß im Morgenrauen mit
Ery Bos, Ludw. Diehl. — Ton-
beiprogramm

Süden
Theater am Moritzplatz
W. 8, 8, 45 Uhr. S. ab 4, 30 Uhr
Das Lied einer Nacht mit Jen
Klepus. — Und so ein Glück
kannst du nur haben mit Siegf-
ried Arno, Georg Alexander.

Südosten
Deutsch-Amerik. Theater
Köpenicker Str. 68. Tägl. ab 5 Uhr
Zwei glückliche Tage mit Cl.
Kommer. — Das Millionen-
testament. — Beiprogramm

Filmbeck W. 8, 30 U.
Stg. 5 U.
Am Götzter Bahnhof
Fritz Schulz
in dem lustigen Tonfilm
Ja, treu ist die Soldatenliebe
Ferner
Es geht um alles
mit
Eddie Polo, Luciana Albertine

Laisen-Theater W. ab 6, 30
S. ab 5 U.
Reichenberger Str. 34.
Tom Mix in dem Original-Tonfilm
Goldfieber
Ferner
Charlotte Ander, J. Blomann
in der Tonfilm-Operette
Das Millionentestament

Stella-Palast W. ab 6, 30 Uhr
Sonnt. ab 5 Uhr
Köpenicker Straße 12-14
Der großartige Tonfilm
Schuß im Morgenrauen
Bühnenschau:
Vier
Varieté-Attraktionen

Treptow
Treptow-Sternwarte
Sonabend 8, Sonntag 4, 6, 8 Uhr.
In den Delomiten. Naturgroß-
film aus den Bergen.

Osten
Germania-Palast W. ab 6½
S. ab 5 U.
Frankfurter Allee 254
Von jetzt ab täglich Orchester unter
Leitung unseres langjährigen
Kapellmeisters Dr. Kusner
Tonfilmteil:
W. Vogel der Ausbrecherkönig, nach
Strafsache van Geldern
Bühne
Drei Varieté-Attraktionen
von Weitru!

Luna-Palast Woch. 5 Uhr
Sonnt. ab 4 Uhr
Gr. Frankfurter Str. 121.
Das große Erlebnis was verlängert:
Eine Stunde mit dir mit M.
Chevalier. — Die Koffer des
Herrn O. F. — Tonwoche

Schwarzer Adler Frankf.
Allee 99
W. 8, 7, 9 Uhr. S. 3, 5, 7, 9 Uhr
Gitta entdeckt ihr Herz mit
Gitta Alpar, Gustav Fröhlich.
— Tonbeiprogramm
Jugendliche haben Zutritt!

Viktoria-Theater Woch. ab 5
Stg. ab 3 U.
Frankfurter Allee 48
Das Millionentestament mit
Charlotte Ander, J. Blomann
Jugendliche haben Zutritt!

Nordosten
„Elysium“ Prenzlauer
Allee 56
Wochent. ab 6½ Uhr. Sonnt. ab 4 Uhr
Strafsache van Geldern mit
Kampers, Elga Brink. — Der
Tugendkönig

Flora-Lichtspiele Landsberger
Allee 40/41
Wochent. 8, 45, ca. 7, 8, 45, Stg. ab 3 Uhr
3 Tonfilme: W. Vogel der Ausbrecher-
könig, nach Strafsache van Gel-
dern. — Yoibit

Volks-Kino Königstadt
Schönhauser Allee 10/11
Wochent. 6, 45 Uhr. Sonnt. 5 Uhr
Mensch ohne Namen mit Wer-
ner Krauß. — Bühne: Die sin-
genden Lady

Kosmos-Lichtspiele
Lückstr. 70.
W. 8, 7, 9 Uhr. Stg. 5, 7, 9 Uhr
Eine Stunde mit dir (Regie Lu-
bitsch) mit Maurice Chevalier.
Tonbeiprogramm. — Emelka-
Tonwoche

Kino Busch Wochentags 6 Uhr
Sonntags ab 5 Uhr
Alt-Friedrichsstraße 3. Tonwoche
Mensch ohne Namen mit Wer-
ner Krauß, Helene Thimig. —
Gutes Tonbeiprogramm

Alhambra Mollerstraße 13A,
Ecke Senstraße
W. 8, 7, 9 Uhr Stg. 3, 5, 7, 9 Uhr
Strafsache van Geldern mit P.
Richter, Kampers, E. Richter

Palast-Theater
Breite Straße 21a.
W. 7 u. 8, 30 Uhr. Stg. ab 6, 30 Uhr
Strafsache van Geldern mit E.
Richter. — Zwei glückliche
Tage mit Cl. Kommer

Filmpalast Tegel
Bahnhöfer 2. W. 6, Stg. 4½ Uhr
Sonntags 2 Uhr: Jugend-Vorstellung
Hurra, ein Junge! mit Max
Adalbert, Roberts, Schulz. —
Gr. Tonbeiprogramm

Kosmos Film W. 6, 6½ Uhr
Bühne S. 4½, 6½, 8½ U.
Hauptstraße 6
2 Großfilme: Eine Stunde mit
dir mit Maurice Chevalier. —
Vampyr, Dresers Meisterwerk

Filmpalast Beg. W. 6, 8, 30 Uhr
Stg. 4½, 6½, 8½ U.
Berliner Str. 59
2 Tonfilme: Tom rechnet ab mit
Tom Mix. — Mädchen zum Hei-
raten mit Renate Müller

Union-Theater Wochent. 8, 8½
Stg. 5, 4½, 6½, 8½ U.
Hauptstr. 3. Stg. 3 Uhr: Jug.-Vorst.
Der Draufgänger mit Hans
Albers. — König der Steppen
mit Tom Klena